

Inhaltsverzeichnis

1. Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut	
2. Thomas Straubhaar	
3. Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft	
4. Wilhelm-Röpke-Institut	
5. Jenaer Allianz	
6. Stockholm Network	
7. Friedrich-Naumann-Stiftung	
8. Institut für Unternehmerische Freiheit	
9. Wirtschaftsrat der CDU	
10. Roman Herzog Institut	
11. Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit	
12. NOUS	
13. Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft	
14. Konrad-Adenauer-Stiftung	
15. Walter Eucken Institut	

Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut

Das **Hamburgische WeltWirtschaftsinstitut** (HWWI) ist eine arbeitgebernahe Beratungs- und Forschungseinrichtung, deren alleiniger Gesellschafter seit 2016 die Handelskammer Hamburg ist. Die Ausrichtung des HWWI wurde maßgeblich von ihrem langjährigen Direktor [Thomas Straubhaar](#) geprägt, der u.a. Botschafter der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM) ist. Das HWWI beteiligt sich an Aktivitäten der INSM und weiterer wirtschaftsnaher Organisationen und neoliberaler Denkfabriken und hat deren Gründung ([Wilhelm-Röpke-Institut](#) und [Jenaer Allianz](#)) initiiert. Es war Mitglied des inzwischen aufgelösten [Stockholm Network](#), einer Dachorganisation neoliberaler Denkfabriken.

Neben dem Hauptsitz in Hamburg ist es mit einer Zweigniederlassungen in Bremen präsent. Der inzwischen geschlossenen Zweigniederlassung Erfurt war zeitweise das [Wilhelm-Röpke-Institut](#) angegliedert.

Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut gemeinnützige GmbH (HWWI)

[[Bild:<datei>|center]]

Branche	Denkfabrik und Wirtschaftsforschung
Hauptsitz	Helmhuder Straße 71, 20148 Hamburg
Lobbybüro Deutschland	
Lobbybüro EU	
Webadresse	hwwi.org

Inhaltsverzeichnis

1 Tätigkeitsbereiche	2
2 Struktur des HWWI	3
2.1 Gesellschafter	3
2.2 Geschäftsführer	3
2.3 Research Fellows	3
3 Kooperationen	4
4 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	4
5 Einzelnachweise	4

Tätigkeitsbereiche

Das HWWI ist ein den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft verpflichteter Think Tank. Im Zentrum der Arbeit steht der Transfer aus Wissenschaft und Forschung in die Praxis von Wirtschaft und Politik sowie die Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnis in Handlungsempfehlungen. Die Forschungsschwerpunkte sind: Digitalökonomie; Arbeit, Bildung und Demografie; Energie, Klima und Umwelt; Konjunktur, Weltwirtschaft und Internationaler Handel; Ökonomie der Städte und Regionen. Es erscheinen die folgenden Publikationen: HWWI Update, HWWI Standpunkt, Research Paper, Policy Paper, Partnerpublikationen, Dossiers, Gutachten und Studien, Edition HWWI und HWWI Insights. Das HWWI hat mehrere Gutachten für die INSM erstellt.

Struktur des HWWI

Gesellschafter

Ursprünglich waren die Handelskammer Hamburg und die Universität Hamburg Gesellschafter. 2016 erwarb die Handelskammer Hamburg von der Universität Hamburg deren 50 %-Beteiligung am HWWI für einen symbolischen Euro.^[1]

Geschäftsführer

- **Henning Vöpel**, zuvor Senior Economist am HWWI
 - Professor für Volkswirtschaftslehre an der HSBA Hamburg School of Business Administration
 - Autor des ÖkonomenBlogs der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM)
 - Mitglied des Kuratoriums des Forum Hafen City

Ehemaliger Direktor und Geschäftsführer

- **Thomas Straubhaar**
 - [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#): Botschafter
 - [Friedrich-Naumann-Stiftung](#): Mitglied des Kuratoriums
 - [Institut für Unternehmerische Freiheit](#): Mitglied des Beirats
 - [Wirtschaftsrat der CDU](#): Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
 - [Roman Herzog Institut](#): Experte für Ökonomie
 - [Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit](#) (IZA): Gründungsmitglied der Policy Fellows
 - Verein Pro Bürgergeld: Mitinitiator

Research Fellows

Zu ihnen gehören (Stand: Januar 2019)

- Joachim Zweynert^[2]
 - Professor für Internationale Politische Ökonomie an der Uni Witten/Herdecke
 - Mitglied des Netzwerks [NOUS](#)^[3]
 - Mitglied des Beirats der [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#)
 - Mitautor des Jenaer Aufrufs zur Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft ([Jenaer Allianz](#))
 - Dozent im Graduiertenkolleg "Soziale Marktwirtschaft" der [Konrad-Adenauer-Stiftung](#)
 - ehem. Wissenschaftlicher Leiter der Zweigniederlassung Erfurt des HWWI und ehem. Stellv. Vorsitzender des [Wilhelm-Röpke-Institut](#)
- Stefan Kolev^[4]
 - Professor für Volkswirtschaftslehre an der Westsächsischen Hochschule Zwickau
 - Mitglied des Netzwerks [NOUS](#)
 - Stellv. Vorsitzender des [Wilhelm-Röpke-Institut](#), einem Mitglied der [Jenaer Allianz](#)
 - Mitglied des Beirats der [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#)
 - Mitglied des [Walter Eucken Institut](#)
 - Vertrauensdozent der [Friedrich-Naumann-Stiftung](#)

Kooperationen

Die Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg ist seit dem 1. Dezember 2016 wissenschaftliche Kooperationspartnerin des HWWI.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ [Handelskammer Hamburg übernimmt das HWWI](#), abendblatt.de vom 06.07.2016, abgerufen am 20.01.2018
2. ↑ [Profil](#), uni-wh.de, abgerufen am 20.01.2019
3. ↑ [Netzwerk](#), nous.network, abgerufen am 18.02.2017
4. ↑ [Profil](#), nous.network, abgerufen am 23.01.2019

Thomas Straubhaar

Thomas Straubhaar (* 2. August 1957 in Unterseen/Schweiz), als neoliberaler Ökonom bekannt, war bis September 2014 Direktor des [Hamburgischen WeltWirtschaftsInstituts](#) (HWWI). Er ist in mehreren wirtschaftsnahen Organisationen und neoliberalen Netzwerken aktiv und hat die Gründung solcher Einrichtungen als Präsident des HWWI initiiert.

Inhaltsverzeichnis

1 Karriere	4
1.1 Initiativen zur Gründung neoliberaler Netzwerke	5
2 Verbindungen / Netzwerke	5
3 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	6
4 Einzelnachweise	6

Karriere

Straubhaar studierte Volkswirtschaftslehre an der Universität Bern, wo er auch promovierte und sich habilitierte. Er war Lehrbeauftragter im Aufbaustudium Internationale Wirtschaftsbeziehungen der Universität Konstanz, Lehrbeauftragter für Wirtschaftspolitik an der Universität Basel und Stellvertreter am Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg im Breisgau. Ab 1992 war er Professor für

Volkswirtschaftslehre an der Universität der Bundeswehr. In dieser Zeit (von 1992 bis 1995) betätigte er sich als externer Berater der Schweizer Großbank **UBS**.^[1] Seit 1999 ist er Professor für Internationale Wirtschaftsbeziehungen an der Universität Hamburg und war zugleich Präsident des 2006 geschlossenen Hamburger Weltwirtschaftsarchiv (HWWA). Im Jahr 2005 wurde Straubhaar Direktor des neu gegründeten Hamburger WeltWirtschaftsInstitut (HWWI). 2014 trat er als Leiter des HWWI zurück, um sich mehr um eigene Forschungsprojekte zu kümmern.

Quelle: ^[2]

Initiativen zur Gründung neoliberaler Netzwerke

Wilhelm-Röpke-Institut

Die Gründung des [Wilhelm-Röpke-Institut](#) am 23. Mai 2007 ist von Straubhaar initiiert worden.^[3] Es ist an die Thüringer Zweigniederlassung des HWWI angeschlossen. Der erste Vorstand des Wilhelm-Röpke-Instituts bestand aus:

- [Nils Goldschmidt](#), Mitglied der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#), des [Walter Eucken Institut](#) und des Beirats des [Roman Herzog Institut](#) der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft und der bayerischen Metall- und Elektroindustrie
- [Thomas Straubhaar](#), u.a. Botschafter der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#)
- [Joachim Starbatty](#), Vorsitzender der [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#), Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), Mitglied des Kuratoriums des [Walter Eucken Institut](#)
- [Mattias Wierlacher](#), Vorstandsvorsitzender der Thüringer Aufbaubank, Vizepräsident des [Europäischer Verband Öffentlicher Banken](#)^[4]
- [Joachim Zweynert](#), Wissenschaftlicher Leiter der Zweigniederlassung Thüringen (Erfurt) des HWWI

Jenaer Allianz^[5]

[Joachim Zwegert](#) (HWWI/Wilhelm-Röpke-Institut) gehört zu den Autoren des 2008 verfassten "Jenaer Aufrufs", der zur Gründung der "Jenaer Allianz zur Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft" geführt hat.^[6] Mitglieder sind die folgenden wirtschaftsliberalen Organisationen:

- [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#)
- [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)
- [Bund Katholischer Unternehmer](#)
- [Die Familienunternehmer - ASU](#)
- [Institut für Wirtschaftspolitik an der Universität Köln](#)
- [Konrad-Adenauer-Stiftung](#)
- [Leipziger Wirtschaftspolitische Gesellschaft](#)
- [Walter Eucken Institut](#)
- [Wilhelm-Röpke-Institut](#)

Verbindungen / Netzwerke

Straubhaar ist Mitglied/Mitglied von Gremien der folgenden Organisationen (Stand: Juli 2020, Quelle: Websites der genannten Organisationen):

- NAVIS AG: Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats

- [Friedrich-Naumann-Stiftung](#) (Tochtergesellschaft: [Liberales Institut](#)): Mitglied des Kuratoriums und Vertrauensdozent
- [Institut für Unternehmerische Freiheit](#): Mitglied des Beirats
- [Wirtschaftsrat der CDU](#): Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
- [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#): Botschafter
- Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration: Mitglied
- [Wilhelm-Röpke-Institut](#): Gründer
- [Roman Herzog Institut](#): Experte für Ökonomie
- [Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit](#) (IZA) (von der Deutschen Post-Stiftung gefördert): Gründungsmitglied der Policy Fellows
- Verein Pro Bürgergeld: Mitinitiator
- Edmund Sievers-Stiftung: Vorsitzender des Stiftungsrats
- [Hamburger Appell](#): Initiator

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ [Lebenslauf Policy Fellows des IZA](#), Website IZA, abgerufen am 3. Oktober 2011
2. ↑ [Lebenslauf](#), wiso.uni-hamburg.de, abgerufen am 21.07.2020
3. ↑ [Website HWWI, Geschichte des HWWI](#), Mai 2007, abgerufen am 3. Oktober 2011
4. ↑ [Presseerklärung der Thüringer Aufbaubank vom 8. Dezember 2010: Matthias Wierlacker zum Vizepräsidenten des Europäischen Verbandes Öffentlicher Banken gewählt](#), Website thueringer-aufbaubank, abgerufen am 3. Oktober 2011
5. ↑ [60 Jahre soziale Marktwirtschaft](#), Website 60jahressozialemarktwirtschaft, abgerufen am 3. Oktober 2011
6. ↑ [Jenaer Aufruf](#), Website 60jahressozialemarktwirtschaft, abgerufen am 3. Oktober 2011

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft

Die **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)** ist eine marktliberale Lobby-Organisation, die von den Unternehmensverbänden der Metall- und Elektroindustrie ([Gesamtmittel](#)) finanziert wird. Sie will u.a. erreichen, dass der Arbeitsmarkt und das Bildungswesen stärker an den Bedürfnissen von Unternehmen ausgerichtet werden.

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)



Rechtsform GmbH
Tätigkeitsbereich Propagierung marktliberaler Reformen
Gründungsdatum 2000

Das operative Geschäft wird von der INSM GmbH betrieben, deren Alleingesellschafter das [Institut der deutschen Wirtschaft](#) ist. Die INSM verfügte 2018 über einen Jahresetat von sieben Millionen Euro, die von Gesamtmetall zur Verfügung gestellt werden.^[1]

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)

Hauptsitz Georgenstraße 22, 10117 Berlin
Lobbybüro
Lobbybüro EU
Webadresse insm.de

Inhaltsverzeichnis

1 Entstehungsgeschichte	8
2 Eingeschaltete Agenturen	8
3 Ziele	8
4 Organisationsstruktur und Personal	9
4.1 Geschäftsführer	9
4.2 Beirat	10
4.3 Kuratorium	10
4.4 Botschafter	10
4.5 Wissenschaftliche Beratung	14
4.6 ÖkonomenBlog	14
4.7 Förderverein	14
5 Lobbystrategie Öffentlichkeitsarbeit	15
5.1 Kampagnen	15
5.2 Studien	16
5.3 Reformbarometer/Rankings/Monitore	16
5.4 Veranstaltungen	16
5.5 Fernsehen und Hörfunk	17
5.6 Medienkooperationen	17
5.7 Unterrichtsmaterialien	17
5.8 Weitere mediale Mittel	17
6 Kritik an der INSM	17
6.1 Bundestagswahlkampf 2017: Verfälschung der Steuerpläne der SPD	17
6.2 Verhältnis zu den Medien	18
6.3 Eigene Außendarstellung der INSM	19
6.4 Schleichwerbung	19
6.5 Einschüchterung von Medien	19
6.6 Einwirkung auf Suchmaschinen	19
6.7 Falsche Darstellung von TTIP-Studien	19
6.8 Kampagne "12 Fakten zur Klimapolitik"	20
7 Zitate	20
8 Weiterführende Informationen	20
9 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	21
10 Einzelnachweise	21

Entstehungsgeschichte

Die Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektroindustrie ([Gesamtmetall](#)) gründeten im Dezember 1999 die berolino.pr GmbH. Sie wurde mit dem Aufbau und der Leitung einer Reforminitiative betraut.^[2] Seit Herbst 2000 betreibt die GmbH ihre Kampagne unter der Bezeichnung „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH“ (INSM). Alleingesellschafterin von berolino.pr/INSM ist die Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, in der die publizistischen und PR-Aktivitäten des [Institut der deutschen Wirtschaft](#) gebündelt sind.^[3] 2007 firmiert die berolino.pr GmbH in INSM Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH um. 2010 wird der Sitz der Initiative von Köln nach Berlin verlegt.

Eingeschaltete Agenturen

Mit der Konzeptgestaltung wurde bis 2010 die Agentur für Kommunikation [Scholz & Friends](#) betraut, die seit 2011 zur [WPP Group](#) gehört. Scholz & Friends hat nach Analysen des Politikwissenschaftlers Rudolph Speth die INSM „erfunden“.^[4] Insgesamt arbeiteten bei Scholz & Friends an dem Projekt laut Speth rund 40 Personen unter Beteiligung der Disziplinen PR, Werbung, Internet und TV. Von 2010 bis 2015 wurde die INSM von der Agentur [Serviceplan Public Opinion](#) betreut. Seit Januar 2015 ist [Blumberry](#) für Werbung und PR zuständig.^[5] Blumberry ist ein Tochterunternehmen der Holding [Commarco](#), die wiederum zur [WPP Group](#) gehört. Im August 2018 wechselte die Zuständigkeit für INSM innerhalb von Commarco zu den Commarco Campus Communications. Für PR und Werbung der INSM ist nun exklusiv ein eigenes Team zuständig. Erklärtes Ziel ist es, "auch unter den Vorzeichen einer immer dynamischeren Meinungsbildung im politischen Raum die volle Kommunikationswirkkraft über alle Disziplinen hinweg zu entfalten."^[6] ADVERB - Agentur für Verbandskommunikation unterstützt die INSM bei der digitalen Lobbyarbeit.^[7] Gemeinsam mit der INSM erarbeitet ADVERB eine Kanalstrategie für den Kurznachrichtendienst Twitter, um die Botschaften der INSM bei politischen und medialen Akteuren zu platzieren.

Ziele

Nach klassischem Verständnis ist die Soziale Marktwirtschaft eine ordnungspolitische Konzeption, die das Wettbewerbssystem mit der Idee der sozialen Gerechtigkeit und der sozialen Sicherheit verbindet. Nach ordoliberalen Vorstellungen ist eine Wettbewerbsordnung im Prinzip zwar bereits an sich sozial, doch ist sie dort zu begrenzen, wo sie sozial unerwünschte Ergebnisse zeitigt.^[8] Was als „sozial wirksam“ zu begründen ist und noch als ordnungskonform gelten kann, ist im Prinzip zu rechtfertigen.^[9] Der Markt wird hier nicht als unfehlbarer Automatismus verstanden, sondern als eine Regel mit Ausnahmen. Versagt der Markt ausnahmsweise, sollte der Staat eingreifen, um den „Wohlstand für alle“ zu sichern. Diese Ausnahme wurde dann in der Praxis der „Sozialen Marktwirtschaft“ recht großzügig ausgelegt. So soll der Staat dafür sorgen, dass durch Umverteilung und Korrektur der am Markt entstandenen Einkommen eine als gerecht empfundene Einkommens- und Vermögensverteilung sowie weitgehende Chancengleichheit und soziale Sicherheit breiter Schichten hergestellt wird.^[10] Hierzu gehören z. B. ein die eigenverantwortliche Daseinsfürsorge ergänzendes System der sozialen Sicherung, eine breite Streuung des Eigentums, Mitbestimmung sowie die Herstellung von Chancengleichheit im Bildungswesen. Nach Müller-Armack, der als Staatssekretär von Ludwig Erhard den Begriff "Soziale Marktwirtschaft" geprägt hat, sind dieser sogar „Minimallöhne“ (= Mindestlöhne) zugehörig.^[11]

Das Neue an der Neuen Sozialen Marktwirtschaft, die die INSM propagiert, besteht darin, dass die sozialen Bestandteile eliminiert werden, da sie den Interessen der Arbeitgeber widersprechen. Der Staat soll sich aus dem wirtschaftlichen und sozialen Geschehen zurückziehen, d. h. auf soziale Korrekturen und Sicherungsmaßnahmen verzichten, auch wenn die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinanderklafft. Umschrieben wird dieser Grundgedanke auf der Website der INSM („Was will die INSM konkret“) als „konsequente und konsistente wettbewerbliche Ausrichtung unserer Wirtschafts- und Sozialordnung“, „Beschränkung des Staates auf seine Kernkompetenzen“ sowie „Stärkung des Prinzips 'Hilfe durch Selbsthilfe'“. In ihren Kampagnen, Auftragsstudien und Unterrichtsmaterialien werden Privatisierungen, Deregulierungen, Steuersenkungen, der Abbau von Subventionen, eine Senkung der Arbeitskosten, die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes (Abbau des Kündigungsschutzes, flexible Arbeitszeiten), mehr Eigenvorsorge im Gesundheitssystem und die kontinuierliche Erhöhung des Renteneintrittsalters gefordert. Mindestlöhne und die Finanztransaktionssteuer werden abgelehnt. Rechte der Arbeitnehmer stellt die INSM ausschließlich als Hemmnis für die wirtschaftliche Entwicklung und die Schaffung von Arbeitsplätzen dar. Die gesetzliche Renten- und Pflegeversicherung wird schlecht geredet und stattdessen die Einführung von kapitalgedeckten Versicherungen gefordert, deren Probleme (hohe Verwaltungskosten, Risiken aufgrund von Finanzmarktkrisen, Unerschwinglichkeit für Niedrigverdiener) unerwähnt bleiben. Der Grund liegt auf der Hand: Die gesetzlichen Versicherungen werden von den Arbeitgebern mitfinanziert, die privaten kapitalgedeckten Versicherungen bezahlen dagegen allein die Arbeitnehmer. In der Bildungspolitik wird mehr Wettbewerb und Effizienz gefordert, wozu Studiengebühren sowie die Auswahl der Studierenden durch die Hochschulen beitragen sollen.

Organisationsstruktur und Personal

Geschäftsführer

- Hubertus Pellengahr (seit Januar 2010)
 - ehemaliger Geschäftsführer des [Hauptverbandes des Deutschen Einzelhandels](#) (HDE)
 - Policy Fellow des [Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit](#) (IZA)
 - Mitglied der [Jenaer Allianz](#), in der Lobbyorganisationen der Wirtschaft, die [Konrad-Adenauer-Stiftung](#), die [Friedrich-Naumann-Stiftung](#), die Friedrich-Schiller-Universität Jena, das Institut für Wirtschaftspolitik an der Universität Leipzig und neoliberale Denkfabriken kooperieren

Ehemalige Geschäftsführer:^[12]

- [Tasso Enzweiler](#), ehem. Chefreporter bei der "Financial Times Deutschland", wechselte nach seinem Ausscheiden bei der INSM als Managing Director zur PR-Agentur [Hering Schuppener](#), wurde danach Geschäftsführer bei [Ketchum Pleon](#) Deutschland und gründete 2013 die Managementberatung [Enzweiler & Partner](#)
- Dieter Rath, leitete zuvor die PR-Abteilung beim [BDI](#)
- Max Alexander Höfer, früherer Journalist bei Capital

Beirat

Gesteuert und kontrolliert wird die INSM durch den Beirat, in dem sich neben Vertretern von Gesamtmetall auch Vertreter der anderen Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft finden^[13] Hinzu kommen Experten für Demoskopie, die über Meinungs- und Stimmungstrends informieren.

- Vorsitzender ist Stefan Wolf
 - auch Kuratoriumsmitglied der INSM
 - Präsident des Arbeitgeberverbandes [Gesamtmetall](#)

Kuratorium

Name

Wolfgang Clement (†)	Vorsitzender des Kuratoriums	1. stellv.	ehem. SPD-Politiker, Ex-NRW-Ministerpräsident, Ex-Bundeswirtschaftsminister, Lobbyist und Mitglied in Aufsichts- und Beratungsgremien verschiedener Unternehmen, Mitglied des Wirtschaftsforums der FDP
Stefan Wolf	Vorsitzender des Kuratoriums		Präsident des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall , Vorstandsvorsitzender der ElringKlingerAG, Vorsitzender des Beirats der INSM

(Stand: November 2020) Quelle: ^[14]

Botschafter

Die Botschafter unterstützen die INSM dabei, in der Öffentlichkeit Meinungen zu platzieren und Meinungen zu verändern. Sie geben Interviews, schreiben Gastbeiträge und treten in Talkshows auf, meist ohne darauf hinzuweisen, dass ihre Äußerungen vorher mit der INSM koordiniert wurden.^[15] Stattdessen werden sie beispielsweise als "Experten für Steuerrecht" vorgestellt oder einfach mit ihrer beruflichen Funktion.

Name

e

[Hans](#)

-

[Wolfgang](#)

Professor für Steuerrecht i.R. und ehem. Rektor der Universität Mannheim

[Arnd](#)

t

[Rola](#)

[nd](#) Unternehmensberater, Chairman der RiverRock European Capital Partners LLP, Mitbegründer des [Konberg vent für Deutschland](#)

[er](#)

Chri

stop

h

Inhaber des Stiftungslehrstuhls für Allg. Betriebswirtschaftslehre, insbesondere innovatives

- Bur
man
n
Juer
gen Mitglied des [Wirtschaftsforums der FDP](#). Frühere Positionen: Direktor des [Institut für Wirtschaftspolitik B.](#), Vorsitzender des [Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung](#)
Don (SVR), Mitglied des Kronberger Kreises der [Stiftung Marktwirtschaft](#)
ges
Dom
iniqu
e Geschäftsführende Gesellschafterin der Unternehmensberatung [Döttling & Partner](#), Mitglied im [Mittelstandsbeirat](#) beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie
Döttl
ing
Flori
an
Gers (siehe Förderverein)
ter
Mart
in
Kan
negi
eßer
Otm
ar Präsident des [Center for Financial Studies](#), „International Advisor“ der Investmentbank [Goldman](#)
Issin [Sachs](#), ehem. Chefvolkswirt der [Europäischen Zentralbank](#) (EZB)
g
Osw
ald Redakteur bei Tichys Einblick, Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#) und des Strategischen Beirats der Metz [Die Familienunternehmer - ASU](#)
ger
Aren
d Geschäftsführender Gesellschafter der Dr. Arend Oetker Holding, Vizepräsident des [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI), Präsidiumsmitglied des [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) (BDA), Präsident der [Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik](#), Mitglied der
Oetk
er CDU, unterzeichnete den "Energiepolitischen Appell" der Atomlobby zur Laufzeitverlängerung deutscher Kernkraftwerke
Walt
her Ehem. Staatssekretär in verschiedenen Bundesministerien, unter anderem im
Otre Bundeswirtschaftsministerium, Vorsitzender [Bundesverband Briefdienste](#)
mba
Karl-
Hein Inhaber des Lehrstuhls für internationale Wirtschaft der Uni Magdeburg, Vorstandsvorsitzender der [Friedrich-Naumann-Stiftung](#) und Mitglied des [Wirtschaftsforums der FDP](#), ehem. Finanzminister von
Paqu Sachsen-Anhalt
é
Bern
Professor für Finanzwissenschaften an der Uni Freiburg, Direktor des [Forschungszentrum](#)

- d** **Generationenverträge** (FZG), Mitglied des Aufsichtsrats der **ERGO** Versicherungsgruppe, Mitglied des **Raff** Wissenschaftlichen Beirats des **Wirtschaftsrat der CDU** (ehem. Vorsitzender der Kommission **elhü** Alterssicherung^[16]), Mitglied des Vorstands der **Stiftung Marktwirtschaft**
- sche**
- n**
- Arnd**
- t** Unternehmensberater, Gründer und Managing Partner von Rautenberg & Company
- Raut** (Beratungsunternehmen für Finanzinvestoren), ehemaliger Strategiechef **Deutsche Telekom**, Mitglied **enbe** des **Wirtschaftsforums der FDP**
- rg**
- Ran** Geschäftsführender Gesellschafter der Optische Werke **G. Rodenstock GmbH & Co. KG**, ist bzw. war **dolf** in leitender Funktion in einer Vielzahl von Verbänden und neoliberalen Netzwerken aktiv, u. a. dem **Rod** INSM-Finanzier **Gesamtmetall** und der INSM-Muttergesellschaft **Institut der deutschen Wirtschaft(IW)** **enst** jeweils als Vizepräsident, Mitglied des **Wirtschaftsforums der FDP**
- ock**
- Dag**
- mar** Mitglied des Bundesvorstandes der CDU, ehem. Präsidentin des Landtages von Thüringen, Mitglied **Schi** des Verwaltungsrates des **MDR**, Mitglied des Kuratoriums **Gemeinnützige Hertie-Stiftung**
- pans**
- ki**
- Krist**
- ina** ehem. Bundesfamilienministerin (CDU)
- Schr**
- öder**
- Nikol**
- aus** Vorsitzender des Kuratoriums der **Stiftung Marktwirtschaft**, Ehrenmitglied des **Wirtschaftsrates der** **Sch** **CDU** und ehem. Vorstandsvorsitzender der **Altana AG** sowie ehem. Vorsitzender der **Altana** **weic** **Kulturstiftung** gGmbH und der **Herbert Quandt-Stiftung**
- kart**
- Jürg**
- en** Ehem. Chefvolkswirt und Mitglied im Direktorium der **Europäischen Zentralbank** (EZB), Mitglied des **Star** Kuratoriums der **Bertelsmann Stiftung**, Mitglied des **Wirtschaftsforums der FDP**^[17]
- k**
- Erwi**
- n** ehem. Präsident des VfB Stuttgart, ehem. Vorstand der Geschäftsführung von **IBM Deutschland**, SPD- **Stau** Kommunalpolitiker, ist Mitglied des Aufsichtsrats und Beirats diverser Unternehmen
- dt**
- Tho**
- mas** bis 8/2014 Direktor des **Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut** (HWWI), Mitglied des **Stra** Wissenschaftlichen Beirats des **Wirtschaftsrat der CDU**, Mitglied des Kuratoriums der **Friedrich-** **ubha** **Naumann-Stiftung**, Mitglied des Beirats des **Institut für Unternehmerische Freiheit**
- ar**

(Stand: Dezember 2020) Quelle: ^[18]

Ehemalige Kuratoren und Botschafter

Na
me

Arnulf Jurist, Publizist und Historiker, unterstützt Stiftungen wie die FDP-nahe **Friedrich-Naumann-Stiftung** sowie die **Konrad-Adenauer-Stiftung** und ist Mitglied des **Bari** Kuratoriums der **Stiftung Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie** **ng** **Gesellschaft**

Mar
ie-

Luis (siehe Förderverein)
e

Döt
t

Johann Staatssekretär a.D., Direktor des **Institut für Wirtschaftspolitik** an der Uni Köln, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des **Wirtschaftsrat der CDU**, bis Ende am 3. März 2013
Eekhoff 2010 Sprecher des "Kronberger Kreises" der **Stiftung Marktwirtschaft**, Mitglied **verstorben** der **Ludwig-Erhard-Stiftung**

Mic
hae

I CSU-Politiker, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie 2005-2009

Glo
s

Pau ehem. Richter am Bundesverfassungsgericht, Preisträger der **Friedrich August**
I **von Hayek Stiftung**, Mitglied der **Ludwig-Erhard-Stiftung**, setzt sich für eine
Kirc Steuerreform ein, die "vor allem Manager...sowie die Verwalter und Erben
hho großer Vermögen" entlastet^[19]
f

Ebe

rharPräsident des Verwaltungsrates der Eberhard von Körber AG, Zürich,
d ehemaliger Co-Präsident des Club of Rome, ehemaliger Vorstandschef und
von Aufsichtsratsvorsitzender von **ABB**, 1990-1998 Mitglied des Beraterkreises der
Kör Bundesregierung (Kanzlerrunde) unter Bundeskanzler **Helmut Kohl**
ber

ehem. Direktor des Instituts für Finanzwissenschaft der Uni Mainz, ehem.
Rolf Mitglied des **Sachverständigenrat zur Begutachtung der**
Peff **gesamtwirtschaftlichen Entwicklung** (SVR), Mitglied des **Wissenschaftlicher**
eko **Beirat beim Bundesministerium der Finanzen**, des Wissenschaftlichen Beirats
von der **Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen** und des Beirats der **D**
Z BANK AG

Chri
stin
e
Sch
eel

ehem. Politikerin der Grünen, Mitglied des Expertenrates der **CNC**
Communications & Network Consulting)

trat im Dezember
2004 aus der INSM aus
^[20], beteiligte sich
aber auch danach
noch an deren
Kampagnen^[21]

Lot CDU, ehem. BaWü-Ministerpräsident, ehem. Geschäftsführer der **Jenoptik**,

har ehem. Deutschland-Chef und später Senior Advisor bei der Investmentbank **Me** am 18. März 2016
Spärrill Lynch, ehem. Vorsitzender des Aufsichtsrats der **Herrenknecht AG**, beriet verstorben
th zuletzt vor allem mittelständische Unternehmen.^[22]

Ed

mu ehrenamtlicher Leiter einer EU-Arbeitsgruppe zum Bürokratieabbau, CSU, Ex- verließ die INSM nach
nd Bayern-Ministerpräsident, CSU-Vorsitzender 1999-2007 deren Kritik an den
Stoiber Agrarsubventionen

Hans ehem. Präsident der **Deutschen Bundesbank**, Mitglied der Kuratoriums der **Konrad-Adenauer-Stiftung**, der **Friedrich August von Hayek Stiftung**, der **Stiftung**
Tietme Ordnungspolitik/Centrum für Europäische Politik und Mitglied der **Ludwig-** am 27. Dezember
yer **Erhard-Stiftung**). Bis Juli 2013 war Tietmeyer Kuratoriumsvorsitzender der 2016 verstorben
INSM.^[23]

Wissenschaftliche Beratung

Als wissenschaftlicher Berater fungiert das **Institut der deutschen Wirtschaft**, das als Muttergesellschaft der INSM wirtschaftspolitische Analysen und Konzepte aus der Sicht der Wirtschaft erarbeitet. Zwischen der INSM und dem Institut der deutschen Wirtschaft gibt es auch eine Vielzahl personeller Verflechtungen. In Medienfragen arbeitet die INSM mit diversen Meinungsforschungsinstituten - wie dem Institut für Demoskopie Allensbach^[24] - zusammen.

ÖkonomenBlog

Der ÖkonomenBlog ist ein Projekt der INSM. Die Autoren sind **hier** abrufbar. Zu ihnen gehören der Geschäftsführer der INSM, die INSM Redaktion, der Leiter des **Institut der deutschen Wirtschaft**, Botschafter der INSM sowie wirtschaftsfreundliche Wissenschaftler (Professoren und Mitarbeiter von Instituten).

Förderverein

Der im Juni 2005 gegründete Förderverein Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (FINSM) e.V. ist am 22. Februar 2016 aufgelöst worden.^[25] Liquidator war **Oswald Metzger** (seit 2012 Vereinsvorstand).

Zu den Gründungsmitgliedern gehörten:

- **Hans Tietmeyer** (Vorstand bis 2014) war bis 2012 auch Vorsitzender des Kuratoriums, danach wurde er Botschafter (vgl. dortige Erläuterungen)
- **Florian Gerster** (ab 2009 Vorstand), SPD, Unternehmensberater und Lobbyist, Mitglied des Wirtschafts- und Zukunftsrats für Hessen, bis 2012 Präsident des **Bundesverband Briefdienste**, ehem. Vorsitzender der **Bundesanstalt für Arbeit** - heutige Bezeichnung **Bundesagentur für Arbeit** (wegen eines umstrittenen Auftrags an die Lobby- und PR-Agentur **WMP Eurocom** entlassen)
- **Johanna Hey**, Direktorin des **Institut Finanzen und Steuern** und des Instituts für Steuerrecht an der Uni Köln, ist Mitglied des **Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen**, Mitglied des Zentralen Beirats der **Commerzbank**, Mitglied der Lenkungsgruppe der "Kommission Steuergesetzbuch" der **Stiftung Marktwirtschaft** und Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des **Wirtschaftsrats der CDU**. Sie hält die "Reichensteuer" für "verfassungsrechtlich hoch problematisch"^[26]

- Dieter Lenzen, Präsident der Universität Hamburg, davor Präsident der Freien Universität Berlin, parteilos, gilt als CDU- und wirtschaftsnah^[27], Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des [Roman Herzog Institut](#), Vorsitzender des Aktionsrats Bildung der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw)
- [Friedrich Merz](#), Jurist, Lobbyist, Aufsichts- und Beiratsmitglied in verschiedenen Unternehmen, Mitarbeiter der Kanzlei Mayer, Brown, Rowe & Maw LLP, ehemaliger Politiker und CDU-Finanzexperte, Präsidiumsmitglied des [Wirtschaftsrats der CDU](#), Mitglied des Politischen Beirats der „Kommission Steuergesetzbuch“ der [Stiftung Marktwirtschaft](#), Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)
- Ulrike Nasse-Meyfarth, Olympiasiegerin im Hochsprung
- Dieter Rickert (Vorstand) "Head Hunter", wollte 2002 bis 2004 eine eigene Stiftung "Klarheit in der Politik" gründen, die 100 Millionen sammeln sollte, um für marktliberale Reformen zu werben
- Hergard Rohwedder, Rechtsanwältin und Mitbegründerin der FDP-nahen Stiftung [Liberales Netzwerk](#)
- Max Schön, Mitglied des Aufsichtsrats der Max Schön AG und der British American Tobacco Germany (BAT), Präsident des Club of Rome Deutschland und Mitglied im Kuratorium der BAT-"Stiftung für Zukunftsfragen", von 2001 bis 2005 Präsident der Arbeitsgemeinschaft mittelständischer Unternehmen
- [Carl-Ludwig Thiele](#), Rechtsanwalt, FDP-Politiker, Mitglied des Vorstandes der [Deutschen Bundesbank](#), Kuratoriumsmitglied des [Institut Finanzen und Steuern](#), bis 30. April 2010 Mitglied des Aufsichtsrats der Signal Krankenversicherung a.G.

Quelle: ^[28]

Weitere Mitglieder waren:

- [Michael Hoffmann-Becking](#), Lehrbeauftragter für Aktien- und Konzernrecht an der Uni Bonn, Partner der Societät [Hengeler Mueller](#), Mitglied des [Wirtschaftsforums der FDP](#) und Gesellschafter der [FAZIT-STIFTUNG](#)
- [Marie-Luise Dött](#), umweltpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Bundesvorsitzende [Bund Katholischer Unternehmer](#), Mitglied der [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#)

Lobbystrategie Öffentlichkeitsarbeit

Bei der Öffentlichkeitsarbeit bedient sich die INSM einer Vielzahl von Medien, die aufeinander abgestimmt genutzt werden, um ihre Botschaften zu transportieren.

Bei wichtigen Kampagnen werden [PR-Agenturen](#) eingeschaltet - so im August 2012 die Agentur [Serviceplan Public Opinion](#) bei der "Energiewende-Kampagne" und zuvor beim "Projekt Vollbeschäftigung" und der "Mehrwertsteuerkampagne".

Eine weitere Rolle kommt den Reformbarometern/Rankings/Monitors, den Medienkooperationen und den Unterrichtsmaterialien für Schulen zu.

Kampagnen

Die INSM hat die folgenden Kampagnen organisiert^[29]:

- 12 Fakten zur Klimapolitik
- Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft
- Kampagne: Nachhaltige Rente
- Steuern senken - jetzt
- Gerecht durch Marktwirtschaft

- Rente muss gerecht bleiben
- Große Aufgaben
- Das Deutschland Prinzip
- Werkverträge und Zeitarbeit
- Chancen für alle
- Mindestlohn
- Generationengerechtigkeit
- Chance2020
- Gerechtigkeit
- Energiewende
- Wachstum
- Projekt Vollbeschäftigung
- Besser Sparen
- 16 Prozent auf alles

(Stand: August 2019)

Darüber hinaus wird die INSM regelmäßig anlässlich der Bundestagswahlen aktiv. So veranstaltete sie in Partnerschaft mit der Tageszeitung „Die Welt“ die Veranstaltungsreihe „Wahlarena 2017“^[30] In Zusammenarbeit mit der "Wirtschaftswoche" hat sie zum Hauptthema des Bundeswahlkampfs 2013 "Wie gerecht ist Deutschland?" ein Sonderheft herausgegeben.^[31]

Studien

Die INSM stellt der Presse regelmäßig Studien vor, die zumeist von [Institut der deutschen Wirtschaft](#) (IW) und sonstigen Wirtschaftsforschungsinstituten sowie Meinungsforschungsinstituten erstellt werden. Studien der INSM haben nachwievor eine hohe Aufmerksamkeit in der deutschen Medienlandschaft. Die Studien der INSM sind [hier](#) abrufbar.

Reformbarometer/Rankings/Monitore

In die Bewertungen fließen die Interessen der Arbeitgeber an mehr „Eigenverantwortung“, Abbau sozialer Leistungen, Rückzug des Staates und weniger Mitbestimmung ein. Dagegen werden Arbeits-, Verbraucher- und Umweltschutz sowie soziale Absicherung der Beschäftigten nicht berücksichtigt oder sogar als Überregulierung negativ bewertet.

Städter Das Städteranking wird von der [Institut der deutschen Wirtschaft](#) Consult GmbH im Auftrag der [Wirtschaftswoche](#) und Immobilienscout 24 erstellt (früherer Auftraggeber war auch die INSM)

Bildungsmonitor In einem jährlichen Bildungsmonitor, der vom [Institut der deutschen Wirtschaft](#) im Auftrag der INSM erstellt wird, werden die Bildungssysteme der Bundesländer bewertet

Veranstaltungen

- [Wahlarena 2017](#) ist eine Veranstaltungsreihe von INSM und der Tageszeitung „Die Welt“ (Axel Springer Verlag)
- [Hauptstadtforum](#) ist eine Veranstaltungsreihe von INSM und der Tageszeitung "Die Welt" (Axel Springer Verlag)

- [INSM-Frühstücksdialog](#)
- [Dialogveranstaltung Marktwirtschaft und Klimaschutz](#)
- [Marktwirtschaftlicher Zukunftsdialog](#)
- [Rentenpolitischer Dialog](#)
- [INSM-Podiumsdiskussionen](#)

Fernsehen und Hörfunk

Die INSM bietet ihre Botschafter als Interviewpartner sowie Experten für Diskussionsrunden im Fernsehen und Hörfunk an. Sie liefert auch fertige Beiträge für Print- und Fernsehredaktionen. Auf die INSM-Verbindung wird meist nicht hingewiesen.

Medienkooperationen

Kurz nach ihrer Gründung war es der INSM gelungen, eine Vielzahl von Medien in gemeinsame Projekte (Umfragen, Rankings, Publikationen, Veranstaltungen) einzubinden. Aufgrund der öffentlichen Kritik an dieser Zusammenarbeit sind diese Projekte ganz überwiegend eingestellt worden. Eine Ausnahme ist die Tageszeitung "Die Welt", die in Partnerschaft mit der INSM die Veranstaltungsreihe „Wahlarena 2017“ organisiert.^[32] [Wirtschaftspolitik verstehen](#) ist ein gemeinsames Videoformat von INSM und [ECONWATCH](#).

Unterrichtsmaterialien

Die INSM stellt Lehrern fertig benutzbare Materialien zum Thema Wirtschaft für den Schulunterricht zur Verfügung. [Wirtschaft und Schule](#) heißt das Projekt der INSM. Unter dem Vorwand, Schülern einen erfolgreichen Start in das Berufsleben zu ermöglichen, wird Hauptschülern, Realschülern, Gymnasiasten und Berufsschülern ein einseitiges, neoliberales Weltbild vermittelt.^{[33][34][35]} Die zentrale Forderung der Unterrichtsmaterialien lautet: weniger staatliche Regulierung – mehr Freiheit des Marktes. Herausgeber des Lehrerportals ist die IW Medien, eine Tochter des [Institut der deutschen Wirtschaft](#), dem Alleingesellschafter der INSM. Bis 2014 war die INSM unmittelbar für das Portal verantwortlich.

Die INSM unterstützt **Focus Money** beim Schulprojekt [Wir erklären die Wirtschaft](#)^[36]

Weitere mediale Mittel

Des Weiteren nutzt die INSM Anzeigenkampagnen, Presseinfos, Broschüren, Magazine, Büchern, Plakataktionen und das INSM-Lexikon.

Kritik an der INSM

Bundestagswahlkampf 2017: Verfälschung der Steuerpläne der SPD

Nach einem Bericht von „Spiegel Online“ hat die INSM eine Anzeige in der „Bild“-Zeitung vom 23. Juni 2017 platziert, um Stimmung gegen die Steuerpläne der SPD zu machen.^[37] In dieser Anzeige hieß es: „Lieber Herr Schulz, Reichensteuer schon ab 60.000 Euro: Ist das Ihr Respekt vor Leistung?“ Unterschrieben war die Anzeige mit dem Kürzel: „insm.de“.

Damit erweckt die INSM laut „Spiegel Online“ den Eindruck, dass die Reichensteuer nun auch für viele Normalbürger mit 60.000 Jahresbruttoverdienst greifen würde. Davon könne jedoch keine Rede sein. Als Reichensteuer werde gemeinhin ein Aufschlag von drei Prozentpunkten auf den Spitzensteuersatz bezeichnet, der zur Zeit bei 42 Prozent liegt. Die Reichensteuer von 45 % greife ab 256.303 Euro zu versteuerndem Einkommen, was im Jahr 2012 gerade einmal 73.000 Steuerzahler betroffen habe.

Die Anzeige der INSM lege nahe, dass die Reichensteuer schon ab 60.000 Euro erhoben werde, was nicht zutreffe. Tatsächlich soll ab diesem Schwellenwert künftig der bisherige Spitzensteuersatz von 42 Prozent gelten, der bislang schon ab 54.058 Euro fällig gewesen sei. Der Tarifanstieg würde bis zu diesem Punkt also sogar geringer ausfallen. Weiterhin sei zu berücksichtigen, dass Spitzensteuersätze nicht für das gesamte Einkommen, sondern nur für den Teil jenseits der Grenzwerte gelten. So falle beispielsweise ein lediger Alleinverdiener mit 65.000 Euro zu versteuerndem Einkommen heute zwar unter den Spitzensteuersatz, insgesamt betrage die Steuerlast aber nur rund 29 Prozent.

Laut „Spiegel Online“ hat die INSM ihre Behauptung inzwischen relativiert. Es heiße jetzt, die SPD wolle „den Schwellenwert, ab dem mehr als 42 Prozent Steuer zu bezahlen ist, auf ab 60.000 Euro senken“.

Verhältnis zu den Medien

Die ARD-Sendung Monitor vom 13. Oktober 2005^[38] kritisiert ein Verschwimmen der Grenzen zwischen Journalismus und Public Relations (PR), das von der INSM bewusst forciert werde. Der Medienwissenschaftler Siegfried Weischenberg stellt in dieser Sendung fest: "Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ist höchst erfolgreich, weil es ihr gelungen ist, so einen neoliberalen Mainstream in den Medien durchzusetzen. Und das konnte auch leicht gelingen, weil die Medien kostengünstig produzieren müssen. Sie sind sehr darauf angewiesen, dass ihnen zugeliefert wird, hier gibt's eine Lobby, die sehr wohlhabend ist. Das ist natürlich eine sehr, sehr problematische Geschichte, weil die Medien nicht das tun, was sie tun sollen. Die Journalistinnen und Journalisten fallen sozusagen aus der Rolle, weil sie nicht kritisch kontrollieren, weil sie die Interessen nicht transparent machen." Laut Monitor haben die mit Beiträgen belieferten Sender allerdings angegeben, die Beiträge redaktionell bearbeitet zu haben, die meisten Sender hätten die Zusammenarbeit mit der INSM inzwischen beendet.

Christian Nuernbergk hat die Öffentlichkeitsarbeit der INSM unter dem Gesichtspunkt des Verhältnisses von Journalismus und PR in einer 2005 erschienen Studie untersucht.^[39] Nach dieser Studie gibt es Anhaltspunkte dafür, dass eine Vielzahl der von der Initiative bereitgestellten Studien- bzw. Umfrageergebnisse über die Redaktionen ohne eine zuverlässige inhaltliche Auseinandersetzung an die Rezipienten gelangt sind. Es überrasche angesichts der professionellen Aufbereitung des PR-Materials, der umsichtigen Vorbereitung und der intensiven Beziehungspflege auch nicht, dass viele Journalisten die wirkliche Organisation der Initiative und ihre Funktion als ein strategisches Element in der Interessenvertretung von Arbeitgeberverbänden nicht erkennen wollen oder gelegentlich übersehen. Betrachte man die Berichterstattung unter diesem Gesichtspunkt, so zeige sich, dass in der weit überwiegenden Zahl der Medienberichte nähere Angaben zur Initiative, zu ihren Auftraggebern und zu ihren Finanziers einfach unter den Tisch fielen.

Zahlreiche Journalisten und Medien haben sich auf Kampagnen der INSM eingelassen, vgl. „Getarnte Lobby – Wie Wirtschaftsverbände die öffentliche Meinung beeinflussen“ des ARD-Magazins Plusminus vom 13.

Oktober 2005^[40] Die Initiative liefere auf Bestellung Daten, erstellte daraus einen Artikel oder gar eine ganze Doppelseite wie in der Tageszeitung Die Welt. Die Kernaussage lautet: „50 Jahre Sozialpolitik – ein einziger Irrtum. Weg damit!“ Die INSM-Botschafter sind nach Informationen von Plusminus außerdem auf sämtlichen Kanälen Dauergäste in den Talkshows, manchmal sitzen gleich drei in einer Sendung.

Eigene Außendarstellung der INSM

Die INSM bezeichnet sich auf ihrer Website als „branchen- und parteiübergreifende Plattform und offen für alle, die sich dem Gedanken der Sozialen Marktwirtschaft verbunden fühlen“.

Der Begriff Initiative ist missverständlich. Im Allgemeinen versteht man unter Initiative den Zusammenschluss von Personen zur Durchsetzung ihrer gemeinsamen Ziele (z. B. Bürgerinitiative). Bei **Gesamtmetall**, die die INSM gegründet hat und finanziert, handelt es sich dagegen um einen Zusammenschluss von Unternehmen zur Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen Interessen, d.h. um eine klassische Lobbyarbeit. Branchenübergreifend kann nur so verstanden werden, dass die INSM versucht, die Öffentlichkeit in einer die Interessen aller Unternehmen (nicht nur der Metall- und Elektroindustrie) begünstigenden Weise zu beeinflussen. Für die Unterstützung dieser Ziele sind zwar grundsätzlich Mitglieder aller Parteien willkommen, doch zeigt die Parteizugehörigkeit der in den INSM-Gremien vertretenen Personen, dass fast alle Parteimitglieder dem Wirtschaftsflügel der CDU oder der FDP zuzurechnen sind. Irreführend ist auch der Hinweis auf die Verbundenheit mit dem Gedanken der Sozialen Marktwirtschaft. Die Soziale Marktwirtschaft soll ja gerade in eine Marktwirtschaft pur umgestaltet werden. In dieser Neuen Sozialen Marktwirtschaft ist für die herkömmliche Vorstellung von sozialer Gerechtigkeit kein Platz mehr.

Schleichwerbung

Im September 2005 wurde bekannt, dass die INSM im Jahr 2002 in der ARD-Serie Marienhof verdeckte Botschaften schalten ließ.^[41] In sieben Folgen wurden Themen wie die "Flexibilisierung" des Arbeitsmarktes oder die Senkung von Steuern untergebracht. Die INSM ließ sich diese Aktion insgesamt 58.670 Euro kosten.^[42] Infolgedessen wurde die INSM vom PR-Rat gerügt, was jedoch keine Sanktionen nach sich zog. Auf Seiten der ARD wurden Maßnahmen zur Vorbeugung von Schleichwerbung eingeführt, die Zuschauer wurden allerdings nicht über die Vorfälle informiert.^[43]

Einschüchterung von Medien

Im November 2005 berichtete die Wochenzeitschrift Freitag über Versuche der INSM, Journalisten, die kritisch über die Initiative berichtet hatten, mit Beschwerdebriefen an Chefredakteure oder Intendanten einzuschüchtern.^[44] Kritische Journalisten würden als gewerkschaftsnah oder als Attac-Sympathisanten dargestellt, um ihre Glaubwürdigkeit zu untergraben.

Einwirkung auf Suchmaschinen

Das Blog Perspective 2010 ist auf Unterlagen gestoßen, wie die INSM versucht, bei Suchmaschinen-Ergebnissen vor INSM-kritischen Stimmen zu landen.^[45]

Falsche Darstellung von TTIP-Studien

Die Verbraucherorganisation foodwatch hatte der INSM vorgeworfen, Daten verschiedener Studien in einer Broschüre mit „12 Fakten zu TTIP“ verzerrt dargestellt zu haben. Beispielsweise wurde aus langfristig und einmalig angenommenen wirtschaftlichen Effekten ein kurzfristig und jährlich zu erwartendes Wachstum. Die angeprangerten Darstellungen sind teilweise korrigiert worden.^[46]

Kampagne "12 Fakten zur Klimapolitik"

Im Sommer 2019 startete die INSM mit „12 Fakten zur Klimapolitik“ eine Kampagne zum Thema Klimaschutz. Die INSM wendet sich damit gegen eine CO₂-Steuer und stellt Bemühungen auf nationaler Ebene als wirkungslos und überflüssig dar ^[47]. Die Darstellung rief Kritik hervor, etwa durch Volker Quaschnig, Professor an der HTW Berlin ^[48]. Bereits 2012 hatte die Initiative gegen das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) mobil gemacht. Sie forderte eine Umsetzung der Energiewende innerhalb eines "marktwirtschaftlichen Rahmens", die Streichung aller Subventionen im Bereich Erneuerbarer Energien und stattdessen die Etablierung eines "Wettbewerbsmodell" ^[49].

Zitate

"Ein bekanntes Beispiel für solch eine Denkfabrik ist die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Sie erzeugt mit riesigen Kapitalmitteln Stimmung für den Rückbau des Sozialstaats und für mehr unternehmerische Freiheit. Sie verfolgt ihre Ziele, indem sie Anzeigen schaltet, Broschüren verteilt und Veranstaltungen organisiert. Dabei gibt sie sich als unabhängige, parteiübergreifende Initiative aus. Gesponsert wird sie allerdings hauptsächlich von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie. Teure Einladungen, wie beispielsweise im Juni 2009 ins Hotel Adlon Kempinski mit Gastrednern **Angela Merkel** und **Karl-Theodor zu Guttenberg**, damals noch Wirtschaftsminister, sind kein Problem für die einflussreiche Initiative. Ein jährliches Budget von etwa 8 bis 9 Millionen Euro nach Abzug von Steuern bietet viele Möglichkeiten, Einfluss auszuüben. Das ist mehr Geld, als beispielsweise viele Umweltverbände für Ihre Arbeit insgesamt aufbringen können.“ Marco Bülow (SPD), MdB, in seinem Buch „Wir Abnicker“ ^[50]

Weiterführende Informationen

- Arbeitgeberverband Gesamtmetall: *Geschäftsbericht 2013/14*, S. 49 - 51
- Kaphegy, Tobias 2011: *Black Box Bildungsmonitor? Ein Blick hinter den Reiz des Rankings. Eine Analyse und Kritik des Bildungsmonitors 2010 der INSM* Studie im Auftrag der GEW-nahen Max Träger Stiftung
- Lianos, Manuel/Gutzmer, Alexander 2005: *Sie werben ja nicht für Persil*. INSM im Streitgespräch.
- Norbert Nicoll: Die ökonomische Rationalität in die Öffentlichkeit tragen. Zur Arbeit und Wirkungsweise der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (2000-2006), Dissertation 2008, Tectum Verlag Marburg
- Nuernbergk, Christian 2006: *Die PR-Kampagne der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und ihr Erfolg in den Medien. Erste Ergebnisse einer empirischen Studie*. In: Röttger, Ulrike (Hrsg.): PR-Kampagnen. Über die Inszenierung von Öffentlichkeit. 3., überarbeitete Auflage. Wiesbaden: S. 159-178.
- Speth, Rudolf 2004: *Die politischen Strategien der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft*. Studie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung.
- Speth, Rudolf/Leif, Thomas 2006: *Lobbying und PR am Beispiel der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft*, in: Leif, Thomas/Speth, Rudolf (Hrsg.): Die fünfte Gewalt. Lobbyismus in Deutschland. Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 14, Bonn, 302-316.
- Winkelmann, Ulrike 2004: *Strandklappstühle*, in: Die Gazette 4, 2004, S. 32-35.
- http://www.gesamtmetall.de/gesamtmetall/meonline.nsf/id/PageGeschaeftsbericht-2013-2014_DE

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ [Wer trägt die INSM?](#), insm.de, abgerufen am 13.04.2017
2. ↑ [Alles über die INSM](#), insm.de, abgerufen am 13.04.2017
3. ↑ Siehe Bekanntmachung im Bundesanzeiger zum Geschäftsjahr 2015 der INSM und Konzernabschluss des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH zum Geschäftsjahr 2015, [www.bundesanzeiger.de](#), abgerufen am 18.04.2017
4. ↑ [Rudolph Speth: Die politischen Strategien der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#), Hans Böckler Stiftung, 2004, S. 9, Website boeckler, abgerufen am 4.8.2011
5. ↑ [Commarco-Agentur löst Serviceplan bei INSM ab](#), horizont.net vom 01.10.2014, abgerufen am 03.02.2016
6. ↑ [\[1\]](#), commarco.com, abgerufen am 15.08.2019
7. ↑ [Digital Public Affairs](#), agentur-adverb.de, abgerufen am 17.02.2021
8. ↑ Norbert Klotten: Der Staat in der Sozialen Marktwirtschaft, Walter Eucken Institut, Vorträge und Aufsätze, Tübingen 1986, S.25
9. ↑ Klotten: Der Staat in der Sozialen Marktwirtschaft, S. 26
10. ↑ Bunte, in Langen/Bunte, Kommentar zum deutschen und europäischen Kartellrecht, Bd. 1, 10. Aufl., Einführung Rdnr. 44
11. ↑ Klotten: Der Staat in der Sozialen Marktwirtschaft, S. 26, Fußnote 58
12. ↑ Thomas Leif: beraten & verkauft McKinsey & Co. - der große Bluff der Unternehmensberater, München 2006, S. 290
13. ↑ Speth: Strategien, S. 30
14. ↑ [Kuratoren und Botschafter](#), insm.de, abgerufen am 29.11.2020
15. ↑ Speth: Die politischen Strategien, S. 29
16. ↑ [Pressemitteilung vom 13.11.2003](#), presseportal.de, abgerufen am 21.12.2020
17. ↑ [Wahlkampfhilfe für FDP Lindners neuen Club](#), Bild online vom 25. Januar 2016, abgerufen am 06.04.2016
18. ↑ [Webseite INSM - Die Botschafter der INSM Stimmen der Sozialen Marktwirtschaft](#) abgerufen am 20.12.2020
19. ↑ [Stefan Bach: Kirchhof macht sich das Steuerrecht einfach](#), Website DIW, abgerufen am 18.7.2011
20. ↑ [Scheel verlässt Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#), Handelsblatt vom 1. Dezember 2004, Website HB, abgerufen am 22. Oktober 2012
21. ↑ [60 Jahre Soziale Marktwirtschaft Stimmen aus der Politik Christine Scheel 4. September 2009](#), Website der INSM, abgerufen am 22. Oktober 2012
22. ↑ [Econ Referenten Agentur Lothar Späth](#), Website econ-referenten, abgerufen am 2.8.2011
23. ↑ [Gesamtmetall Geschäftsbericht 2013/14](#), S. 51, zuletzt aufgerufen am 1. Oktober 2010, dort heißt es: "Im Juli 2013 verabschiedete die INSM ihren langjährigen Kuratoriumsvorsitzenden, den ehemaligen Präsidenten der Bundesbank Prof. Dr. Hans Tietmeyer, mit einem Symposium „Soziale Marktwirtschaft für Europa“.
24. ↑ [Referenzen](#), ifd-allensbach.de, abgerufen am 13.04.2017
25. ↑ Vereinsregister des Amtsgerichts Köln, VR 14812, Abdruck vom 13.02.2017

26. ↑ [Reichensteuer ist verfassungsrechtlich hoch problematisch](#), Financial Times Deutschland vom 2. Mai 2006, Website der FTD, abgerufen am 13.8.2011
27. ↑ [Universität Hamburg - Kandidat Dieter Lenzen](#), Der Spiegel vom 13. November 2011
28. ↑ [INSM-Förderverein, Teil 2](#), 02.06.2005, lobbycontrol.de, abgerufen am 13.02.2017
29. ↑ [\[Kampagnen\]](#), insm.de, abgerufen am 27.01.2019
30. ↑ [Wahlarena 2017](#), insm.de, abgerufen am 17.04.2017
31. ↑ [Wie gerecht ist Deutschland?](#), 24.06.2013, insm.de, abgerufen am 17.04.2017
32. ↑ [Wahlarena 2017](#), insm.de, abgerufen am 17.04.2017
33. ↑ [Christine Wicht und Carsten Lenz: PR-Agenturen unter dem Deckmantel „zivilgesellschaftlichem Engagements](#), NachDenkSeiten, 4. Januar 2006, Website nachdenkseiten, abgerufen am 5. 8.2011
34. ↑ [Lucca Möller/Reinhold Hedtke: Wem gehört die ökonomische Bildung? Notizen zur Verflechtung von Wissenschaft, Wirtschaft und Politik](#), Bielefeld 2011
35. ↑ [Stellungnahme zum Gutachten Möller/Hedtke](#)
36. ↑ [Nachdenkseiten vom 22. Februar 2007](#), Website nachdenkseiten, abgerufen am 30.8.2011
37. ↑ [Wie Wirtschaftslobbyisten die SPD-Steuerpläne verfälschen](#), 26.06.2017, spiegel.de, abgerufen am 28.06.2017
38. ↑ [Gitti Müller, Kim Otto, Markus Schmidt: Die Macht über die Köpfe: Wie die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft Meinung macht](#), MONITOR Nr. 539 am 13. Oktober 2005, Website schmidts ideenschmiede, abgerufen am 05.09.2011
39. ↑ [Christian Nuernbergk: Die Mutmacher. Eine explorative Studie über die Öffentlichkeitsarbeit der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, Zusammenfassung der im Frühjahr 2005 an der Universität Münster eingereichten Magisterarbeit](#), Website nuernbergk, abgerufen am 4.9.2011
40. ↑ [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft - Wie unabhängig sind Journalisten?](#), 2005-10-14 , zitiert nach Fulda Wiki, abgerufen am 3.9.2011, da der Bericht nicht mehr im Sende-Archiv verfügbar ist
41. ↑ [epd: Arzneiersteller und Apotheker ließen in der ARD schleichwerben](#), abgerufen am 4. Mai 2010.
42. ↑ [Lobbycontrol: INSM und Marienhof - Eine kritische Bewertung](#), abgerufen am 4. Mai 2010.
43. ↑ [Lobbycontrol: INSM redet Schleichwerbung schön](#), abgerufen am 4. Mai 2010.
44. ↑ [Die Medien einschüchtern](#), Freitag vom 11. Januar 2005, Website Freitag, zuletzt abgerufen am 15.12.2017
45. ↑ [Kritiker unerwünscht](#), LobbyControl vom 13. April 2007, Website LobbyControl, abgerufen am 1.9.2011
46. ↑ [Auch INSM korrigiert Falschinformationen über TTIP](#) foodwatch am 13.03.2015, abgerufen am 13.04.2015
47. ↑ [12 Fakten zur Klimapolitik INSM](#) am 27.06.2019, abgerufen am 15.08.2019
48. ↑ [Faktencheck der "12 Fakten zum Klimaschutz" der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft INSM](#) Volker Quaschnig am 17.07.2019, abgerufen am 15.08.2019
49. ↑ [Die Energiewende braucht Soziale Marktwirtschaft. Ein Wettbewerbsmodell für Erneuerbare Energien](#) INSM am 09.09.2012, abgerufen am 15.08.2019
50. ↑ [Bülöw, Marco: Wir Abnicker](#), Berlin 2010, S. 182 f.

Wilhelm-Röpke-Institut

Wilhelm-Röpke-Institut

[[Bild:<date>|center]]

Recht eingetragener Verein

Das Wilhelm-Röpke-Institut erforscht den Zusammenhang zwischen der Ökonomie und der Gesellschaft. Hierbei beruft es sich auf die Lehren Wilhelm Röpkes. So untersucht es besonders die Themenfelder Ordnungstheorie und Ordnungspolitik.^[1] Das Institut ist Mitglied der Netzwerke [NOUS](#) und [Jenaer Allianz](#).

Wilhelm-Röpke-Institut

sform

Tätigk Verbreitung neoliberaler Ideen

eitsbe

reich

Gründ 23. Mai 2007

ungsd

atum

Haupt Prof. Dr. Gerhard Wegner, Lehrstuhl für

sitz Institutionenökonomie und

Wirtschaftspolitik der Universität Erfurt

Lobby

büro

Lobby <text>

büro

EU

Weba www.roepke-institut.de

dress

e

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	23
2 Organisationsstruktur und Personal	24
2.1 Vorstand	24
2.2 Mitglieder	24
3 Jenaer Allianz	25
4 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	25
5 Einzelnachweise	25

Kurzdarstellung und Geschichte

Die Gründung des Wilhelm-Röpke-Instituts am 23. Mai 2007 ist von [Thomas Straubhaar](#), dem damaligen Direktor des [Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut](#) (HWWI) und Botschafter der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM) initiiert worden. Zu den Gründungsmitgliedern gehört auch [Joachim Starbatty](#), der langjährige Vorsitzende der [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#), der zeitweise Europaabgeordneter der [Alternative für Deutschland \(AfD\)](#) war. Das Wilhelm-Röpke-Institut war längere Zeit an die Thüringer Zweigniederlassung des HWWI angeschlossen. Organisatorische Hilfe leistet die Thüringer Aufbaubank (Förderbank des Landes Thüringen), deren Vorstandsvorsitzender Thomas Wierlacher Mitglied des Gründungsvorstands war. Die Veranstaltungen des Instituts finden in den Räumlichkeiten der Thüringer Aufbaubank statt

Als Vereinszweck wird insbesondere die Forschung auf dem Gebiet der Ordnungspolitik unter Berücksichtigung der Ideen von Wilhelm Röpke angegeben. Unter anderem werden Röpke-Vorlesungen veranstaltet, die von neoliberalen Professoren oder von Vertretern wirtschaftsnaher Organisationen - wie z. B. [Karen Horn](#), der langjährigen Berliner Büroleiterin des [Institut der deutschen Wirtschaft](#) - gehalten werden. Referent der Wilhelm-Röpke-Vorlesung 2015 war Marc Beise, Leiter der Wirtschaftsredaktion der "Süddeutschen Zeitung".

Organisationsstruktur und Personal

Vorstand

Der Vorstand des Wilhelm-Röpke-Instituts besteht aus:

- Gerhard Wegner, Vorsitzender
 - Professor für Institutionenökonomie und Wirtschaftspolitik an der Universität Erfurt
 - Mitglied des [Walter Eucken Institut](#)
 - (bis 7/2015) Mitglied der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#)
- [Nils Goldschmidt](#), Stellv. Vorsitzender
 - Vorsitzender der [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#)
 - (bis 7/2015) Mitglied der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#), Mitglied des Beirats des [Roman Herzog Institut](#), der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft und der bayerischen Metall- und Elektroindustrie
 - Affiliated Fellow des [Walter Eucken Institut](#)
- Stefan Kolev, Stellv. Vorsitzender
 - Professor für Volkswirtschaftslehre an der Westsächsischen Hochschule Zwickau
 - Mitarbeiter der Zweigniederlassung Thüringen des [Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut \(HWWI\)](#)
 - Mitglied des [Walter Eucken Institut](#)
 - (bis 7/2015) Mitglied der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#)
- Alexander Heß, Geschäftsführer, Doktorand an der Westsächsischen Hochschule Zwickau

Mitglieder

Zu den Mitgliedern gehört eine Vielzahl von Vertretern wirtschaftsnaher Organisationen und wirtschaftsliberaler/marktradikaler Denkfabriken. Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören - neben den Mitgliedern des Vorstands - u.a.:

- [Lars P. Feld](#)
 - Direktor des [Walter Eucken Institut](#)
 - Sprecher des "Kronberger Kreises" der [Stiftung Marktwirtschaft](#)
 - Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)
 - Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des [Wirtschaftsrat der CDU](#)
 - (bis 7/2015) Mitglied der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#)
 - Regierungsberater
- [Karen Horn](#)
 - (bis 7/2015) Vorstandsvorsitzende der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#)
 - Vorstandsmitglied der [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#)
 - Stellv. Vorsitzende des Kuratoriums des [Walter Eucken Institut](#)
 - Mitglied des Kuratoriums von [Open Europe Berlin](#) und [Zentrum für ökonomische Bildung \(ZöBiS\)](#)
- Thomas Köster, Leiter des Kompetenzzentrums Soziale Marktwirtschaft der Handwerkskammer Düsseldorf und des Nordrhein-Westfälischen Handelstags
- Justus Lenz, Leiter Haushaltspolitik, [Die Familienunternehmer - ASU](#)
- Manuel Mitrenga, Leiter volkswirtschaftliche Grundlagen, [Die Familienunternehmer - ASU](#)
- Hans Jürgen Schösser
 - Professor für Wirtschaftswissenschaft und Didaktik an der Universität Gießen
 - Leiter des [Zentrum für ökonomische Bildung \(ZöBiS\)](#)

- Mitglied der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#) und des [Walter Eucken Institut](#)
- [Jan Schnellenbach](#)
 - Professor für Mikroökonomik an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg
 - Mitarbeiter des [Walter Eucken Institut](#) (2012 - 2014 geschäftsführender Forschungsreferent)
 - (bis 7/2015 Mitglied der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#))
- [Joachim Starbatty](#)
 - Europaabgeordneter der [Alternative für Deutschland \(AfD\)](#)
 - langjähriger Vorsitzender der [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#)
 - Mitglied der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#) und der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)
 - Kuratoriumsmitglied von [Open Europe Berlin](#)
- [Thomas Straubhaar](#)
 - ehem. Leiter des [Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut](#)
 - Botschafter der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft \(INSM\)](#)
- [Lars Vogel](#), Geschäftsführer der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)
- [Matthias Wierlacher](#)
 - Vorstandsvorsitzender der [Thüringer Aufbaubank](#)
 - Mitglied des Vorstands der [European Association of Public Banks](#)
- [Michael Wohlgemuth](#)
 - Direktor von [Open Europe Berlin](#)
 - (bis 7/2015) Stellv. Vorsitzender der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#)
 - Kuratoriumsmitglied des [Zentrum für ökonomische Bildung \(ZöBiS\)](#)
 - Mitglied und Research Fellow des [Walter Eucken Institut](#)
 - Sprecher der [Jenaer Allianz](#)
 - Mitglied des Ordnungspolitischen Beirats der [Konrad-Adenauer-Stiftung](#)

Jenaer Allianz

Das Wilhelm-Röpke-Institut ist Mitglied der [Jenaer Allianz](#), in der Lobbyorganisationen ([Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#), [Die Familienunternehmer - ASU](#) und der [Bund Katholischer Unternehmer](#)) mit Stiftungen und neoliberalen Denkfabriken kooperieren.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Twitter](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

[Newsletter](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [Homepage des Wilhelm-Röpke-Institut, www.hwwi.de](#) abgerufen am 26.10.12

Jenaer Allianz

Die »Jenaer Allianz zur Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft« (**Jenaer Allianz**) ist ein Kooperationsnetzwerk von neoliberalen und wirtschaftsnahen Organisationen, Institutionen und Persönlichkeiten. Sie wurde anlässlich der Jubiläumskonferenz »60 Jahre Soziale Marktwirtschaft« 2008 in Jena gegründet. Im damals veröffentlichten »Jenaer Aufruf zur Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft« sind die Überzeugungen und Ziele der Jenaer Allianz veröffentlicht. Zu den Mitgliedern gehören auch die Lobbyorganisationen [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (über ihren Geschäftsführer), [Die Familienunternehmer - ASU](#) und der [Bund Katholischer Unternehmer](#), die im Rahmen der Jenaer Allianz mit den beteiligten Stiftungen und Denkfabriken kooperieren.

Inhaltsverzeichnis

1 Aktivitäten	26
2 Personen und Organisationen	26
2.1 Unterzeichner Gründungsaufruf	26
2.2 Sprecher	27
2.3 Mitglieder	27
3 Weiterführende Informationen	27
4 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	28
5 Einzelnachweise	28

Aktivitäten

Alle zwei Jahre verleiht die Jenaer Allianz den mit 10 Tsd. Euro dotierten »ORDO-Preis für ordnungspolitische Innovationen« gemeinsam mit dem [Institut für Wirtschaftspolitik](#). Stifter des Preises sind der Rheinische Sparkassen- und Giroverband, die Sparkasse KölnBonn und die Kreissparkasse Köln. Die Festrede bei der Verleihung des Preises 2014 hielt Ingo Kramer, Präsident der [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) (BDA). Im jeweils anderen Jahr veranstaltet sie den »Jenaer Konvent zur Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft«. Der Walter Eucken Preis der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Friedrich-Schiller-Universität Jena wird alle zwei Jahre im Rahmen des »Jenaer Konvent zur Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft« verliehen.

Weiterhin werden Veranstaltungen und Konferenzen organisiert wie der INSM-Frühstücksdialog „Zukunft des Soli“, das ECONWATCH-Meeting und der Hayek Summer Workshop.

Personen und Organisationen

Unterzeichner Gründungsaufruf

Den Gründungsaufruf der [Jenaer Allianz](#) unterzeichneten:

- Michael Borchard ([Konrad-Adenauer-Stiftung](#))
- Uwe Cantner
- Andreas Freytag und Rupert Windisch (Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Universität Jena)
- Nils Goldschmidt und Michael Wohlgemuth ([Walter Eucken Institut](#))
- Gerd Habermann ([Die Familienunternehmer - ASU](#))
- Joachim Starbatty ([Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#))
- Martin Wilde ([Bund Katholischer Unternehmer](#))

- Lars Vogel ([Ludwig-Erhard-Stiftung](#))
- Joachim Zweynert ([Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut/Wilhelm-Röpke-Institut](#)).

Zu den Initiatoren gehören weiterhin: [Institut für Wirtschaftspolitik](#) und [Leipziger Wirtschaftspolitische Gesellschaft](#).

Sprecher

Sprecher der Jenaer Allianz sind (Stand: Januar 2019)

- [Nils Goldschmidt](#), Vorsitzender der [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#)
- [Gunther Schnabl](#), Leiter des Instituts für Wirtschaftspolitik an der Universität Leipzig, Mitglied der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#), Autor des [INSM-ÖkonomenBlogs](#)^[1]

Quelle:^[2]

Mitglieder

Mitglieder sind die folgenden Organisationen und Personen (Stand: Januar 2019)

- [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#)
- [Bund Katholischer Unternehmer \(BKU\)](#)
- [Die Familienunternehmer - ASU](#)
- [ECONWATCH](#)
- [Institut für Wirtschaftspolitik](#)
- [Konrad-Adenauer-Stiftung](#)
- [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)
- [Open Europe Berlin](#)
- [Wilhelm-Röpke-Institut](#)
- [Andreas Freytag](#), Professor für Wirtschaftspolitik an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, vertritt die Friedrich-Schiller-Universität Jena
- [Gerd Habermann](#), Geschäftsführer und Initiator der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#) und Vorsitzender der [Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung](#)
- [Thomas Kösters](#), vertritt die Handwerkskammer Düsseldorf
- [Hubertus Pellengahr](#), Geschäftsführer der [INSM](#), vertritt die INSM
- [Gunther Schnabl](#), Sprecher der Jenaer Allianz, vertritt das Institut für Wirtschaftspolitik der Universität Leipzig

Quelle:^[3]

Weiterführende Informationen

jenaer.allianz.de

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ [Profil](#), wifa.uni-leipzig.de, abgerufen am 23.01.2019
2. ↑ [Impressum](#), jenaerallianz.de, abgerufen am 23.01.2019
3. ↑ [Mitglieder](#), jenaerallianz.de, abgerufen am 23.01.2019

Stockholm Network

Das **Stockholm Network** war von 1997 – 2009 ein zweitweise aus über 130 wirtschaftsliberalen und marktradikalen **Think Tanks** aus fast 40 Ländern bestehendes Netzwerk mit Sitz in London. Das Netzwerk und seine **Think Tanks** veröffentlichen Tausende von Beiträgen in den europäischen Medien, erstellen Hunderte von Publikationen, veranstalten Konferenzen, Seminare sowie Tagungen und beeinflussen auf diese Weise die europäische Öffentlichkeit. Nach dem Ende des Stockholm Networks haben sich einige Mitglieder zu dem Think-Tank-Netzwerk **EPICENTER** zusammengeschlossen, welches seit Oktober 2014 ähnliche Interessen vertritt wie zuvor das Stockholm Network.

Stockholm Network



Rechtsform	UK limited company
Tätigkeitsbereich	Netzwerk von wirtschaftsliberalen /marktradikalen Denkfabriken
Gründungsdatum	1997
Hauptsitz	35 Britannia Row, London
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	stockholm-network.org , nicht mehr aktuell

Inhaltsverzeichnis

1 Strategien und Ziele	29
2 Organisationsstruktur und Personal	29
2.1 Führungspersonal	29
2.2 Mitglieder	29
3 Sponsoren	30
4 Weiterführende Informationen	30
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	30
6 Einzelnachweise	31

Strategien und Ziele

Das Netzwerk versuchte über die Publikation von gezielten Forschungsergebnissen Einfluss auf die öffentliche und politische Debatte zu nehmen und sie zugunsten wirtschaftsliberaler und marktradikaler Positionen zu lenken. Die Organisation und Durchführung von Veranstaltungen bot außerdem die Möglichkeit, Netzwerke mit hochrangigen europäischen Politikern und Meinungsbildnern zu knüpfen. Veranstaltungsteilnehmer waren u.a.: Pat Cox, ehemaliger Präsident des Europäischen Parlaments, Bill Emmott, ehem. Herausgeber von "The Economist" und Frits Bolkestein, ehem. EU-Kommissar für den Binnenmarkt.

Das Netzwerk beschäftigte sich mit den folgenden Programmen:

- Reform des europäischen Wohlfahrtsstaats
- Modernisierung des europäischen Rentensystems
- Reform des europäischen Gesundheitssystems
- Reform der europäischen Energiemärkte
- Hervorhebung des Nutzens von Globalisierung, Handel und Wettbewerb und Schaffung eines Verständnisses für die Idee einer freien Marktwirtschaft

Nach eigenen Angaben haben die Sponsoren kein Vetorecht hinsichtlich der Ergebnisse einzelner Projekte.

Organisationsstruktur und Personal

Führungspersonal

Vorsitzende und Gründerin

- **Helen Disney**, Journalistin
 - ehem. Stellv. Vorsitzende des Think Tanks **Social Market Foundation**
 - Mitglied des Beirats der Think Tanks **Centre for Medicine in the Public Interest** (CMPI)

Forschungsdirektor und Leiter des Programms für Geistiges Eigentum und Wettbewerb

- **Meir Pugatch**, Berater
 - Gründer von Pugatch Consilium
 - Professor an der Universität von Haifa/Israel und Co-Vorsitzender der Abteilung für Management und Verwaltung an der School of Public Health
 - Mitglied der Beratergruppe des Europäischen Patentamts
 - Berater bei den Denkfabriken **Timbro** und **International Political Economy** (ECIPE)

Mitglieder

Da das Stockholm Network nicht mehr aktiv ist, lassen sich Mitgliederlisten, etwa über die Webseite, nicht mehr einsehen. Eine Mitgliederliste von Winter 2004/2005 mit 123 Think Tanks ist jedoch [hier](#) archiviert.

Mitglieder mit Sitz in Deutschland:

- **Council on Public Policy**
- **Friedrich-Naumann-Stiftung**

- [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#)
- [Institut für Unternehmerische Freiheit](#)
- [Konrad-Adenauer-Stiftung](#)
- [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft \(INSM\)](#) (nach Angaben der INSM gibt es nur einen Linktausch)
- [Stiftung Marktwirtschaft](#) (Sprecher des "Kronberger Kreises": [Lars P. Feld](#), Regierungsberater)

Sponsoren

Das Netzwerk wird von Einzelpersonen, Unternehmen, Wirtschaftsverbänden und wirtschaftsnahen Stiftungen gesponsert. Zu den Sponsoren gehören auch Lobbyagenturen wie [Burson-Marsteller](#) oder [Hill & Knowlton](#).

Zu den Sponsoren wird auf der Webseite auf die Geschäftsberichte des Netzwerks verwiesen. Der neueste abrufbare Geschäftsbericht bezieht sich auf den Zeitraum 2007/2008. Die dort genannten Sponsoren sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören:

- [Adam Smith Institute](#)
- [Amazon EU](#)
- [Burson-Marsteller](#)
- [Cato Institute](#)
- [The Economist](#)
- [Exxon Mobil Corporation](#)
- [Glaxo SmithKline](#)
- [Hill & Knowlton](#)
- [Merck](#)
- [The Merck Foundation](#)
- [Microsoft](#)
- [Motion Pictures Association](#)
- [Novartis International](#)
- [Nuffield Hospitals](#)
- [Pfizer Inc.](#)
- [Schering Plough AB](#)
- [Wall Street Journal Europe](#)

Zur Höhe der Spenden macht das Netzwerk keine Angaben.

Weiterführende Informationen

- [Darstellung von "Stockholm Network" bei powerbase](#)
- [„Covert industry funding fuels the expansion of radical rightwing EU think tanks“](#) von Corporate Europe Observatory von Juli 2005, abgerufen am 24.06.2016

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Twitter](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

[Newsletter](#)

Einzelnachweise

Friedrich-Naumann-Stiftung

Die **Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit** ist die parteinahe Stiftung der FDP, die auf Grundlage der Idee des Liberalismus Angebote zur Politischen Bildung in Deutschland und in aller Welt bietet.^[1]

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Rechtsform	Stiftung des privaten Rechts
Tätigkeitsbereich	Förderung des Wirtschaftsliberalismus
Gründungsdatum	1958
Hauptsitz	Karl-Marx-Straße 2, 14482 Potsdam
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	www.freiheit.org

Inhaltsverzeichnis

1 Ausrichtung und Aktivitäten	31
2 Organisationsstruktur und Personal	32
2.1 Hauptamtlicher Geschäftsführer	32
2.2 Kuratorium	32
2.3 Vorstand	32
2.4 Liberales Institut	32
3 Fallstudien und Kritik	33
3.1 2010: Friedrich-Naumann-Stiftung unterstützt neoliberale Eliten Thailands	33
4 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	33
5 Einzelnachweise	33

Ausrichtung und Aktivitäten

Dem Freiheitsbegriff der Stiftung liegt das Konzept zugrunde, dass die Freiheit der unternehmerischen Betätigung möglichst wenig durch staatliche Maßnahmen zum Schutz von Arbeitnehmern, Konsumenten oder der Umwelt eingeschränkt werden sollte. Sie orientiert sich dabei an den Vorstellungen des neoliberalen Vordenkers [Friedrich August von Hayek](#). Seit 2011 gibt es einen Hayek-Kreis der Stipendiaten der Stiftung.^[2]

Die Stiftung beschäftigt sich mit der Organisation von Seminaren, der Begabtenförderung, der Verwaltung des Archiv des Liberalismus sowie der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, die sich "Redaktion der Freiheit" nennt. Über diese werden Veranstaltungen organisiert, Konzepte für die Freiheit entwickelt und Autoren vernetzt und gefördert, die sich mit freiheitlichen Texten öffentlich engagieren. Außerdem wird jährlich ein "Freiheitspreis" verliehen.

In seiner Dankesrede für die Verleihung des Freiheitspreises 2012 definierte der Preisträger Wolfgang Kersting den Markt wie folgt: "**Der Markt ist institutionalisierte Menschenliebe**"^[3]

Organisationsstruktur und Personal

Das Organigramm der Stiftung findet sich [hier](#)

Hauptamtlicher Geschäftsführer

- **Steffen Saebisch**, ehemaliger Staatssekretär im hessischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung^[4]

Kuratorium

Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören u.a.

- Jürgen Morlok (Vorsitzender), Selbständiger Unternehmensberater
- **Hermann Otto Solms**, Finanzexperte der FDP und Vizepräsident des Deutschen Bundestages
 - **Deutsche Vermögensberatung**, Mitglied des Beirats
 - Piper Deutschland AG, Vorsitzender des Aufsichtsrats
 - **Bundesverband Deutscher Vermögensberater**, Mitglied des Parlamentarischen Beirats
 - **Deutsche Stiftung Eigentum**, Vorsitzender des Stiftungsrats
 - **Thelen Consult**, Mitglied des Beirats

Quelle: Webseite des Deutschen Bundestags, abgerufen am 22.10.2017</ref>

- **Thomas Straubhaar**
 - Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg
 - **Institut für Unternehmerische Freiheit**, Mitglied des Beirats
 - **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft**, Botschafter
 - **Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut**, ehem. Direktor und Geschäftsführer

Vorstand

Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar. Vorsitzender ist **Karl-Heinz Paqué**, Dekan der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg. Er ist weiterhin Botschafter der **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)** sowie Mitglied des **Wirtschaftsforum der FDP**, der **Atlantik-Brücke**, des Wissenschaftlichen Beirats der **Deutsche Stiftung Eigentum** und des Aufsichtsrats des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle.

Liberales Institut

Das **Liberales Institut** ist die Denkfabrik der Stiftung.

Fallstudien und Kritik

2010: Friedrich-Naumann-Stiftung unterstützt neoliberale Eliten Thailands

Im Frühjahr 2010 war es in Thailand zur blutigen Niederschlagung von demokratischen Massenprotesten durch die Armee gekommen, bei denen über 90 Menschen zu Tode kamen und mehr als 2.000 verletzt worden. Verantwortlich dafür war unter anderen der damalige Ministerpräsident Thailands Abhisit Vejjajiva, der sich seit Dezember 2012 dafür vor Gericht verantworten muss.

Die Friedrich-Naumann-Stiftung kooperiert seit Jahren eng mit Abhisit Vejjajiva, der 'Democrat Party' und den hinter ihr stehenden alten Eliten Thailands. Ende März 2010 etwa führte der Stiftungsvorsitzende, [Wolfgang Gerhardt](#), in Bangkok Gespräche mit dem Finanzminister sowie mit hochrangigen Vertretern der 'Democrat Party'. Zu dieser Zeit hatten nicht nur die Massenproteste, sondern auch die brutale Repression schon begonnen. Am 7. April war eine Delegation der Naumann-Stiftung zu Krisengesprächen im Parlament des Landes eingetroffen, musste es aber, als Demonstranten eindringen, fluchtartig verlassen. Wenig später begannen die Massaker, über die Menschenrechtsorganisationen heute berichten.

Die Motive der Naumann-Stiftung, in Thailand auf die alten Eliten zu setzen und dafür auch über Putsch und blutige Repression hinwegzusehen, lassen sich zwei Papieren entnehmen, in denen sie im Sommer 2011 berichtete. Darin attackiert der Autor den Plan der neuen Ministerpräsidentin Yingluck Shinawatra, Mindesteinkommen zu garantieren, Subventionen für die Landbevölkerung und das Vorhaben, Erstklässlern in der Schule kostenlos Computer zukommen zu lassen, um die Benachteiligung ärmerer Familien zu lindern. All dies offenbare "ein zutiefst (...) dirigistisches Staatsverständnis", urteilte die Naumann-Stiftung und drang auf neoliberale, für ausländische, insbesondere auch für deutsche Unternehmen günstige Reformen. Grundsätzlich setzt die Naumann-Stiftung weiterhin auf die 'Democrat Party', die jeglichen ökonomischen "Dirigismus" des Staates ablehnt.^[5]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Twitter](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

[Newsletter](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [Stiftung für die Freiheit](#), Freiheit.or, abgerufen am 21.10.2019
2. ↑ [Hayek-Kreis der FNF-Stipendiaten](#), Webseite hayekfnf, abgerufen am 26.07.2013
3. ↑ [Frankfurt: Freiheitspreis 2012 für Wolfgang Kersting](#), www.freiheit.org, abgerufen am 26. Dezember 2012
4. ↑ [Saebisch leitet Friedrich-Naumann-Stiftung](#), politik-kommunikation.de, 30.9.2014, zuletzt aufgerufen am 30. September 2014
5. ↑ [Machtexzesse](#) german-foreign-policy.com vom 12.12.2012, abgerufen am 14.12.2012

Institut für Unternehmerische Freiheit

Institut für Unternehmerische Freiheit

Das **Institut für Unternehmerische Freiheit (iuf)** ist eine Denkfabrik, deren Funktionsträger zu einem großen Teil Mitglieder der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#) und der [Mont Pelerin Society](#) sind. Für eineinhalb Jahre trug das iuf den Namen **Berlin Manhattan Institut**. Das iuf ist Partner des [Atlas Network](#), zu dessen Sponsoren [ExxonMobil](#), [Philip Morris](#) und die Stiftungen der US-Milliardäre [Charles G. Koch](#) und [David H. Koch](#) gehören. Es kooperiert mit dem [Europäischen Institut für Klima und Energie](#) (EIKE), das den menschengemachten Klimawandel leugnet.

In den letzten Jahren sind auf der Webseite immer weniger Aktivitäten erwähnt (Stand: Januar 2020)

Institut für Unternehmerische Freiheit

Rechtsform eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich neoliberale Denkfabrik
Gründungsjahr 2011
Wikipedia-Datensatz
Hauptsitz Stubenrauchstr. 10, 12161 Berlin
Lobbybüro
Lobbybüro EU
Webadresse [auf-berlin.com](#) [iuf-berlin.com](#) sowie vorübergehend [www.berlinmanhattan.org](#)

Inhaltsverzeichnis

1 Aktivitäten	34
2 Organisationsstruktur und Personal	35
2.1 Vorstand	35
2.2 Wissenschaftlicher Beirat	35
3 Verbindungen	36
3.1 Europäisches Institut für Klima und Energie (EIKE)	36
3.2 Heartland Institute	36
3.3 Atlas Network	36
3.4 European Resource Bank	37
4 Finanzen	37
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	37
6 Einzelnachweise	37

Aktivitäten

Laut eigener Webseite erreicht das Institut seine Mission durch den Einsatz für Freihandel, die Positionierung gegen die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer und die Positionierung für eine Abschaffung der Erbschaftssteuer.^[1] Zu den Aktivitäten gehört die Organisation von Veranstaltungen, auf denen für die Mission geworben wird. Berichtet wird auch von Veranstaltungen nahestehender Organisationen wie denen des [Europäisches Institut für Klima und Energie](#) (EIKE). Seine extrem wirtschaftsliberalen und klimaleugnerischen Positionen verbreitet das Institut auch über seinen Blog.

Organisationsstruktur und Personal

Vorstand

- [Charles B. Blankart](#), Senior-Professor für Öffentliche Finanzen an der HU Berlin, Ständiger Gastprofessor an der Universität Luzern, Mitglied des [Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie](#) und Mitglied mehrerer neoliberaler Denkfabriken
- Oliver Knipping
 - Gründer des Instituts für Unternehmerische Freiheit
 - Mitglied der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#)
 - Autor des ÖkonomenBlogs der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#)
- Wolfgang Müller^[2]
 - Generalsekretär des [Europäischen Instituts für Klima und Energie \(EIKE\)](#)
 - Verantwortlicher für das Climate Change Programme des [Committee for a Constructive Tomorrow \(CFACT\)](#)^[3]
 - Beiratsmitglied der polnischen "Freedom and Entrepreneurship Foundation"^[4]
 - Mitglied der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#) und der [Mont Pelerin Society](#)
 - Autor der libertären Zeitschrift "eigentümlich frei"
 - ehem. Mitarbeiter der [Friedrich-Naumann-Stiftung](#)
 - Referent bei Veranstaltungen des [Heartland Institute](#) und des [CFACT](#)^[5]
 - Autor des [Acton Institute](#)^[6]
- Sascha Tamm
 - ehem. Mitarbeiter [Liberales Institut](#)
 - Mitglied der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#)

(Stand: Januar 2020)

Wissenschaftlicher Beirat

- Peter Boettke^[7] Professor am [Mercatus-Center](#) an der [George Mason University](#) und Preisträger der [Mont Pelerin Society](#) 1994
- [Hardy Bouillon](#), Inhaber von [Public Partners](#) und ehem. Mitglied mehrerer neoliberaler Denkfabriken
- [Detmar Doering](#), ehem. Leiter [Liberales Institut](#) und Mitglied mehrerer neoliberaler Denkfabriken
- Pierre Garelo, Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Uni Aix-en-Provence/Frankreich, Gründer der [European Resource Bank](#), die die Aktivitäten einer Reihe neoliberaler Denkfabriken koordiniert
- Walter Klitz, ehem. Leiter des Büros der [Friedrich-Naumann-Stiftung](#) in Seoul (Korea)
- Jo Kwong, Direktor der Abteilung "Institute Relations" der [Atlas Economic Research Foundation](#) und Mitglied der [Mont Pelerin Society](#)
- [Robert Nef](#), Präsident des Stiftungsrates des [Liberalen Instituts Zürich](#), Mitglied der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#), der [Mont Pelerin Society](#) und Aufsichtsratsmitglied des [Institut Constant de Rebecque](#)

- Mark Pennington, Universitätsdozent für Politische Ökonomie am Queen Mary College, University of London
 - Mitglied des Ökonomischen Beirats von [Global Vision](#), des Beirats von [Reform](#), der [Mont Pelerin Society](#) und des Netzwerks [NOUS](#)
 - Trustee des [Institute of Economic Affairs](#)
- [Tom G. Palmer](#) Vizepräsident des [Atlas Network](#), Direktor der Cato-Universität und Senior Fellow am [Cato Institute](#) sowie Mitglied der [Mont Pelerin Society](#)
- [Thomas Straubhaar](#), ehem. Direktor des [Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut](#) (HWWI), Mitglied des Kuratoriums der [Friedrich-Naumann-Stiftung](#) und Botschafter der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#)
- [Viktor Vanberg](#), emeritierter Professor für Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg, Mitglied des Vorstands des [Walter Eucken Institut](#) sowie Mitglied der [Mont Pelerin Society](#) und des Netzwerks [NOUS](#)
- [Roland Vaubel](#), ehem. Inhaber des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre und Politische Ökonomie an der Uni Mannheim, Mitglied des [Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie](#) sowie diverser wirtschaftsliberaler und marktradikaler Organisationen
- [Erich Weede](#), emeritierter Professor für Soziologie und Politikwissenschaften an der Uni Bonn, Mitglied des Stiftungsrats der [Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft](#) und Mitglied der [Mont Pelerin Society](#)

(Stand: Juni 2020)

Verbindungen

Europäisches Institut für Klima und Energie (EIKE)

In der Energie- und Umweltpolitik vertritt das Institut für Unternehmerische Freiheit die Positionen des [Europäischen Instituts für Klima und Energie](#) (EIKE), mit dem es kooperiert und personell verflochten ist. Gemeinsam mit EIKE und anderen Organisationen veranstaltet das IUF internationale Klimakonferenzen, die den Leugnern des Klimawandels ein Forum bieten^[8] Die Begrüßung bei der Konferenz im Jahr 2012 übernahm Wolfgang Müller, Vorstandsmitglied des iuf, der auch Generalsekretär von EIKE ist.^[9]

Heartland Institute

Auf der Webseite des IUF wird für Veranstaltungen des [Heartland Institute](#) geworben^[10], das Spenden der Industrie einwirbt, um damit Internetblogs und scheinbar neutrale Organisationen für die Verbreitung von Zweifeln am Klimawandel zu finanzieren.^[11]

Atlas Network

Das Institut ist Partner des [Atlas Network](#) (frühere Bezeichnung: Atlas Economic Research Foundation).^[12] Dieses Netzwerk gründet, fördert und koordiniert weltweit neoliberale und libertäre Organisationen. Zu den Sponsoren gehören [ExxonMobile](#), [Philip Morris](#) und die Stiftungen der US-Milliardäre [Charles G. Koch](#) und [David H. Koch](#).

European Resource Bank

Das Institut für unternehmerische Freiheit organisiert u.a. gemeinsam mit der [Friedrich-Naumann-Stiftung](#), dem [International Policy Network](#), der [Atlas Economic Research Foundation](#), dem [Cato Institute](#) und der [Heritage Foundation](#) den jährlichen Kongress [European Resource Bank](#)

Finanzen

Das Institut wird ausschließlich von privaten Sponsoren gefördert und finanziert.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ [Ziele](#), iuf-berlin.de, abgerufen am 28.11.2020
2. ↑ [Press Release: Heartland Institute to present latest climate Science in Poland](#), heartland.org vom 15.11.2018, abgerufen am 08.12.2018
3. ↑ [Meet the skeptics at CFACT's COP16 press conference Monckton, Spencer & Rothbard on Climate Science & Policy December 9, 2010](#), Website cfact, abgerufen am 01.05.2013
4. ↑ [Advisory Board](#), ffundacjawip.org, abgerufen am 09.12.2018
5. ↑ [Heartland Institute, CFACT announce Energy Panel Speakers for „Day of Examining Data“ at COP-21](#), heartland.org vom 24.11. 2015, abgerufen am 12.10.2017
6. ↑ [Profil](#), acton.org, abgerufen am 27.01.2020
7. ↑ [econfaculty.gmu.edu/pboettke](#), Website econfaculty, abgerufen am 25. November 2015
8. ↑ [Internationale Klimakonferenz am 15. 6. 12 in Berlin](#)
9. ↑ [V. Internationale Klima- und Energiekonferenz Hotel Bayerischer Hof, München, 30. 11. - 1. 12. 2012](#), Webseite berlinmanhattan, abgerufen am 30. April 2013
10. ↑ [The New Science and Economics of Climate Change 10th International Conference on Climate Change](#), Webseite IUF, abgerufen am 22. 10. 2015
11. ↑ [Und sie erwärmt sich doch Was steckt hinter der Debatte um den Klimawandel](#), Hrsg. Umweltbundesamt, 1. Aufl. 2013, S. 105
12. ↑ [Partners Europe & Central Asia](#), Webseite Atlas Network, abgerufen am 08. 11. 2015

Wirtschaftsrat der CDU

Wirtschaftsrat der CDU e.V.

Recht eingetragener Verein
sform

Der **Wirtschaftsrat der CDU** ist eine Vorfeld-Organisation der **CDU**. Der Wirtschaftsrat ist kein Gremium innerhalb der Partei, sondern ein Berufsverband von unionsnahen Unternehmer:innen mit rund 12.000 Mitgliedern. Eine Parteimitgliedschaft in der CDU ist keine Voraussetzung für eine Mitgliedschaft im Wirtschaftsrat. Der Wirtschaftsrat ist ein einflussreicher Lobbyakteur, der enge Beziehungen in die Politik besitzt.

Seine Mitglieder erarbeiten in diversen Fachkommissionen politische Positionierung, die sie auch in die politischen Entscheidungsprozesse einbringen. Dabei sind die Wege kurz; viele aktive CDU-Politiker sind Mitglieder des Wirtschaftsrats, z.B. die Bundestagsabgeordneten Christian Freiherr von Stetten (mittelstandspolitischer Sprecher und Vorstandsmitglieder der Unionsfraktion im Bundestag), Mark Helfrich (MdB) oder Joachim Pfeiffer (wirtschafts- und energiepolitischer Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag).

^[1] Der CDU-Politiker [Friedrich Merz](#) ist Vizepräsident des Wirtschaftsrats, Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble ist Ehrenmitglied.

Der Wirtschaftsrat verweist auf politische Erfolge etwa bei der Einführung der Schuldenbremse für die öffentlichen Haushalte, der Entschärfung des Klimaschutzplans 2050 oder der Senkung des Arbeitslosenbeitrags.^[2] Zu Beginn der COVID-19-Pandemie forderte der Wirtschaftsrat, die europäischen Klimaschutzziele nicht zu erhöhen und kritisierte die Corona-Hilfspakete der Europäischen Union.^[3] Zudem sprach er sich gegen eine Erhöhung des Kurzarbeitergeldes aus.^[4] Mit Verweis auf die Pandemie lehnte er sowohl die Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns als auch die Einführung der Grundrente zum Jahr 2021 ab.^{[5][6]}

Wirtschaftsrat der CDU e.V.

Tätigkeitsbereich Interessenvertretung der unternehmerischen Wirtschaft gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit

Gründungsdatum 1963

Hauptsitz Bundesgeschäftsstelle, Luisenstraße 44, 10117 Berlin

Lobbybüro EU

Webadresse www.wirtschaftsrat.de

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	39
2 Fallstudien und Kritik	39
3 Finanzen	41
4 Zitate	41
5 Organisationsstruktur und Personal	42
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	47
7 Einzelnachweise	47

Kurzdarstellung und Geschichte

Der Wirtschaftsrat der CDU e.V. wurde 1963 ursprünglich als *Zusammenschluss deutscher Unternehmer auf berufsständischer Basis* in Bonn gegründet. Zu dieser Zeit gab es bereits die *Mittelstandsvereinigung* als parteiinternes Gremium. Um mit diesem nicht in Konkurrenz zu treten, gründete sich der Wirtschaftsrat als eine außenstehende Vereinigung. Eine spätere Fusion der beiden Institutionen scheiterte. Mit dem Namenszusatz „der CDU“ ist der Verein mit Zustimmung der Partei allerdings klar als Partei-Vorfeldorganisation gekennzeichnet. Die selbst erklärte Absicht des Verbandes ist bis heute die Gestaltung der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik "im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft Ludwig Erhards".^[7]

Ein Gründungsimpuls des Wirtschaftsrats war die Stärkung unternehmerischer Positionen innerhalb der CDU, deren Gesellschaftspolitik damals noch stark von den Interessen der parteiinternen Sozialausschüsse, wie der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft, beeinflusst wurde. Damals verfolgte die CDU klar das Ziel, den Sozialstaat auszubauen und sah sich im Konzept der Sozialpartnerschaft verankert. Insbesondere größere Unternehmen waren zu dieser Zeit stärker auf die FDP ausgerichtet. Durch die Gründung des Wirtschaftsrats sollten sie mehr Zugang zur CDU erhalten. Die Gründung des Wirtschaftsrat war damit ein erster Schritt hin zu einer stärker neoliberal ausgerichteten Sozial- und Wirtschaftspolitik innerhalb der CDU.

Fallstudien und Kritik

Positionen zur Klimakrise: Der Wirtschaftsrat als Klimabremser

Zur Bewältigung der Klimakrise setzt der Wirtschaftsrat vor allem auf den Erhalt bestehender Wirtschaftsstrukturen und propagiert Marktmechanismen statt Regulierungen. Vertreter des Wirtschaftsrats setzen sich gegen eine Erhöhung der europäischen Klimaziele oder eine Verschärfung der CO₂-Grenzwerte für Autos ein; sie warnen vor einem Niedergang des Wirtschaftsstandorts Deutschland durch mehr Klimaschutz.^[8] Präsidentin Astrid Hamker forderte die Jugendlichen von Fridays for Future dazu auf, lieber Müll zu sammeln und Verzicht zu üben als Freitags zu protestieren. In seinem Jahresbericht wertet es der Wirtschaftsrat als politischen Erfolg, den Klimaschutzplan 2050 des Bundesumweltministeriums "deutlich entschärft" zu haben.^[9]

Mit Blick auf die Klimapolitik spiegelt die Mitgliedschaft im Wirtschaftsrat keineswegs die gesamte Bandbreite unternehmerischer Anliegen wider. Es fällt auf, dass Unternehmen aus dem Bereich der erneuerbaren Energien oder andere Akteure der Green Economy zumindest in den öffentlich einsehbaren Gremien des Wirtschaftsrats nicht vertreten sind. Stattdessen dominieren vor allem in den klimapolitisch relevanten Fachkommissionen des Wirtschaftsrates Akteure aus der fossilen Wirtschaft. So wird etwa die Bundesfachkommission *Energiepolitik* von Karsten Wildberger geleitet. Wildberger ist Vorstandsmitglied vom Energieunternehmen E.ON, das bis zur Abspaltung von Uniper fest in der fossil-nuklearen Energiewirtschaft verankert war und sich in Teilen noch heute als Bremser klimafreundlicher Maßnahmen erweist.^[10] Armin Eichholz, Vorsitzender der Geschäftsführung des sächsischen Braunkohleunternehmens MIBRAG ist Mitglied in den Bundesfachkommissionen Energiepolitik sowie Umwelt- und Klimapolitik, in letzterer in der Funktion des stellvertretenden Vorsitzenden.

Dabei gibt es im Bereich Klimapolitik andere Unternehmenszusammenschlüsse, die Klimaschutzmaßnahmen weitaus positiver sehen und auf Fortschritte drängen – so etwa in der Stiftung 2Grad oder im Verband B.A.U. M. Der Wirtschaftsrat steht damit nicht für die *eine* Stimme der Wirtschaft.

Klimaschutz verzögern während der COVID-19-Pandemie

Der Wirtschaftsrat nutzt die Coronakrise, um im Sinne seiner Mitglieder gezielt Klimaschutzmaßnahmen zu kritisieren. Die Pläne der EU-Kommission, das Klimaziel auf 55 % Prozent verringerte Emissionen bis 2030 anzuheben, nannte Generalsekretär Wolfgang Steiger "eine politische Instinktlosigkeit."^[11] Steiger forderte die Bundesregierung dazu auf, sich auf europäischer Ebene "für eine zeitliche Streckung der klimapolitischen Zielvorgaben einzusetzen." Nach der Coronakrise müssten vielmehr "alle Sonderbelastungen der deutschen Wirtschaft auf den Prüfstand gestellt werden."^[12] Präsidentin Astrid Hamker relativierte in einem Interview die Rolle Deutschlands in Sachen Klimaschutz: "Wir können mit unserem zwei Prozentanteil das Weltklima nicht retten, selbst wir ihn auf Null reduzieren könnten. Also können wir allein durch unser Vorbild wirken. Dafür müssen wir aber die führende Industrienation bleiben [...]."^[13] Der Europäischen Kommission warf Hamker vor, durch den European Green Deal die Industriepolitik zu vernachlässigen und mit "zu viel Zeitgeist und zu wenig ökonomische[r] Vernunft" zu agieren.^[14]

Gegner des Lieferkettengesetzes

Der Wirtschaftsrat bemüht sich durch massive Lobbyarbeit darum, den geplanten Beschluss eines Lieferkettengesetzes zu verhindern. Dieses Gesetz soll Unternehmen dazu verpflichten, ihren Sorgfaltspflichten in der globalen Produktion nachzukommen. Dazu gehört insbesondere die Einhaltung der Menschenrechte und Umweltstandards. In zahlreichen Pressemitteilungen fordert der Wirtschaftsrat einen Stopp des Gesetzes; sein Generalsekretär Wolfgang Steiger bezeichnet es als „realitätsfern“ und unterstellt den zuständigen Ministerien ein „tiefes unternehmerfeindliches Misstrauen [...].“^[15] Weiter behauptet Steiger, dass sich nach einer Einführung des Lieferkettengesetzes „deutsche Unternehmen aus schwierigen Märkten zurückziehen“ würden. So werde „wirtschaftliche Entwicklung vor Ort fahrlässig verhindert.“^[16]

Das Lieferkettengesetz soll es Betroffenen ermöglichen, vor deutschen Zivilgerichten Schadensersatz einzufordern, wenn Unternehmen durch Verstöße gegen ihre Sorgfaltspflichten in ihren Aktivitäten oder Geschäftsbeziehungen vorhersehbare und vermeidbare Schäden mitverursachen.^[17] Der Wirtschaftsrat versucht diesen Kerngehalt des Lieferkettengesetzes zu verwässern. Er fordert, eine zivilrechtliche Haftung auszuschließen und Unternehmen mit weniger als 10.000 Mitarbeitern von dem Gesetz auszuschließen.^[18]

Auch der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirates des Wirtschaftsrats Lars P. Feld ist ein prominenter Kritiker des Lieferkettengesetzes: "Mit einem Lieferkettengesetz wird die Axt an das bisherige Erfolgsmodell der deutschen Wirtschaft mit stark internationalisierten Wertschöpfungsketten und einer starken Produktion im Ausland gelegt", so Feld.^[19] Feld macht deutlich, dass er „mit großem Entsetzen“ auf die Idee des Lieferkettengesetzes schaue.^[20]

Der Wirtschaftstag - das Lobbyforum des Wirtschaftsrats

Der Wirtschaftsrat veranstaltet ein Mal jährlich den Wirtschaftstag, den er als Höhepunkt seiner Arbeit bezeichnet.^[21] Als Lobbyforum mit mehreren 1000 Gästen dient der Wirtschaftstag dem direkten Einfluss von Unternehmen auf die Politik. In den vergangenen Jahren waren u.a. Bundeskanzlerin Angela Merkel sowie die Bundesminister:innen Jens Spahn, Peter Altmaier, Anja Karliczek und Annegret Kramp-Karrenbauer zu Gast. Sie trafen auf ranghohe Vertreter:innen zahlreicher großer Unternehmen, wie RWE, BMW, Siemens,

der Deutschen Bank oder Daimler.

Führende Politiker:innen von CDU und CSU loben den Wirtschaftstag:

Paul Ziemiak (Generalsekretär der CDU) : *"Der Wirtschaftstag ist das politische Großereignis in Berlin, wenn es darum geht, dass Politik mit Wirtschaft ins Gespräch kommt."* ^[22]

Nadine Schön (stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion): *"[Der Wirtschaftstag] ist ein Tag, an dem vor allem die Vernetzung im Vordergrund steht, an dem viele Unternehmen sich auch mit der Politik vernetzen und austauschen und das halte ich gerade in diesen Zeiten für besonders wichtig."* ^[23]

Andreas Scheuer (Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur): *"Ich bin froh über dieses Engagement. Unterstützung, kritisch sein, treiben - das brauchen wir und der Wirtschaftstag gehört als Pflichtprogramm in den Kalender."* ^[24]

Kontroverse um den Landesdatenschutz

Der Wirtschaftsrat der CDU forderte im Jahr 2012, die 16 unabhängigen Datenschutzbehörden der Bundesländer zugunsten einer bundesweit zuständigen Behörde aufzulösen. Dies bekräftigte [Dorothee Belz](#), welche den Internetarbeitskreis des Wirtschaftsrats leitet und zugleich bei [Microsoft](#) in der Geschäftsführung tätig ist. Der Wirtschaftsrat der CDU hält die Landesdatenschützer für ein Hemmnis für Internet-Startups in Deutschland. ^[25]

Finanzen

Der Verein finanziert sich durch die Beiträge seiner Mitglieder. Allerdings wird die Finanzierung seiner Veranstaltungen von Sponsoren unterstützt. Sponsoren des Wirtschaftstags 2019 waren u.a. die Deutsche Bank, BMW, RWE oder Siemens. Die Finanzmarktklausur 2019 wurde u.a. von Wirecard gesponsert. Wirecard und BlackRock waren zudem Sponsoren des Wirtschaftstags 2018. ^[26]

Zitate

Astrid Hamker (Präsidentin) zu Fridays for Future:

"Ich hoffe, dass sich die Schüler einbringen und vor allem: Dass auch sie konkret im eigenen Handeln werden. Dazu gehört auch, nach ihren Demonstrationen nicht so viel auf den Straßen zu hinterlassen oder Müll im Wald aufzusammeln. Dazu gehört der Verzicht auf Schiffsreisen mit den Eltern, Flüge zu Freunden und auf Kaffeebecher bei Starbucks zum Mitnehmen." ^[27] (wirtschaftsrat.de)

Astrid Hamker über die Corona-Hilfen der Europäischen Union:

"Es ist nicht akzeptabel, wenn die südeuropäischen Staaten mit großzügigen, bedingungslos gewährten Geldgeschenken für ihre Verschwendung und ihre wirtschaftspolitischen Fehlleistungen der vergangenen Jahrzehnte belohnt werden. Der Sparsame darf am Ende nicht der Dumme sein." ^[28] (wirtschaftsrat.de)

[Lars P. Feld](#) (Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats) über die geplante Einführung des Lieferkettengesetzes:

"Mit einem Lieferkettengesetz wird die Axt an das bisherige Erfolgsmodell der deutschen Wirtschaft mit stark internationalisierten Wertschöpfungsketten und einer starken Produktion im Ausland gelegt." ^[29] (finanznachrichten.de)

Organisationsstruktur und Personal

Die Gremien des Wirtschaftsrates der CDU bestehen aus dem Präsidium, dem Bundesvorstand und dem Wissenschaftlichen Beirat. Seine operative Lobbyarbeit ist in diverse Bundesfachkommissionen und Bundesarbeitsgruppen unterteilt.

Das Präsidium

Position	Name	Tätigkeit
Präsidentin	Astrid Hamker	<ul style="list-style-type: none"> • Piepenbrock Unternehmensgruppe, Gesellschafterin und Mitglied des Beirates • beratende Teilnehmerin des CDU-Bundesvorstands
Vizepräsident	Friedrich Merz	<ul style="list-style-type: none"> • CDU-Politiker • Aufsichtsratsvorsitzender BlackRock Deutschland (bis März 2020)
Vizepräsident	Hans Helmut Schetter	Kammerdiener Peegut Gruppe, Beiratsvorsitzender
Generalsekretär	Wolfgang Steiger	Unternehmer, ehem. Mitglied des Bundestags (CDU)
Schatzmeister	Henneke Lütgerath	M.M.Warburg & CO, Mitglied des Aktionärsausschusses
Mitglied	Roland Koch	<ul style="list-style-type: none"> • UBS Europe SE, Vorsitzender des Aufsichtsrats • Ludwig-Erhard-Stiftung, Vorsitzender
Mitglied	Christian Sewing	Deutsche Bank , Vorsitzender des Vorstands
Mitglied	Christian Freiherr von Stetten	<ul style="list-style-type: none"> • CDU/CSU-Bundestagsfraktion, mittelstandspolitischer Sprecher • Parlamentskreis Mittelstand, Vorsitzender
Mitglied (in beratender Funktion)	Günther Oettinger	ehem. EU-Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft
Weitere Mitglieder	Paul Bauwens-Adenauer, Wendelin von Boch, Nikolaus Breuel, Sabine Christiansen, Hugo Fiege, Renata Jungo Brüngger, Christian Klein, Joachim Rudolf, Stefan Schulte, Christian Sewing, Wolfgang Steiger, Bettina Würth	

(Stand: November 2020) ^[30]

Der Bundesvorstand

Dem Bundesvorstand gehören die Mitglieder des Präsidiums sowie 51 weitere Personen an. Unter anderem:

Name	Tätigkeit
Karl Friedrich von Hohenzollern	Unternehmer
Alfons Hörmann	Präsident des Deutschen Olympischen Sportbundes
Hildegard Müller	Präsidentin Verband der Automobilindustrie e.V.
Aygül Özkan,	<ul style="list-style-type: none"> • CDU-Politikerin • Geschäftsführerin des Zentralen Immobilien Ausschusses e.V. (ZIA)
Lutz Raettig	Aufsichtsratsvorsitzender der Morgan Stanley Bank AG
Thomas Schäfer	Staatsminister Hessisches Ministerium der Finanzen
Kristina Sinemus	Staatsministerin Hessisches Ministerium für Digitale Strategie und Entwicklung

(Stand: November 2020) ^[31]

Die Bundesfachkommissionen

Es bestehen 21 Bundesfachkommissionen, 12 Bundesarbeitsgruppen sowie rund 100 Landesfachkommissionen und -arbeitskreise. In Bundesfachkommissionen und -arbeitsgruppen beraten Unternehmer die für die Wirtschaft relevanten Gesetzesvorhaben und Initiativen weit vor der Verabschiedung durch die Parlamente. Die Änderungsvorschläge und Stellungnahmen fließen frühzeitig in den parlamentarischen Entscheidungsprozess ein.

Bundesfachkommission	Vorsitz	Unternehmen
Arbeitsmarkt und Alterssicherung	Hans Joachim Reinke	Union Asset Management Holding AG, Vorsitzender des Vorstands
Bau, Immobilien, Smart Cities	Michael Zahn	Deutsche Wohnen AG, CEO
Beirat Industriepolitik	Martin Daum	Daimler Trucks & Busse, Mitglied des Vorstands
Beirat Next Generation	Friedericke Hagenbeck	Tierpark Hagenbeck, Geschäftsführerin
Digital Health	Frank Wartenberg	Central Europe IQVIA Commercial GmbH & Co. OHG, Präsident
Energieeffizienz	Marc Andree Groos	Vaillant Group, Geschäftsführer
Energiepolitik	Karsten Wildberger	E.ON, COO
Europäische Finanzmarkt- und Währungspolitik	Lutz Raettig	Morgan Stanley Bank AG, Aufsichtsratsvorsitzender
Familienunternehmen und Mittelstand	Rolf Schnellecke	Schnellecke Group AG & Co. KG, Aufsichtsratsvorsitzender
Gesundheitswirtschaft	Birgit König	Allianz Private Krankenversicherungs-AG, Geschäftsführerin
Handel, Ernährung, Verbraucherschutz	Gerd Chrzanowski	Schwarz Zentrale Dienste KG, Vorsitzender des Vorstands

Bundesfachkommission	Vorsitz	Unternehmen
Handel Non food	Alexander von Preen	INTERSPORT Deutschland, Vorsitzender des Vorstands
Innovationsforum	Ulrich Störk	PricewaterhouseCoopers , Sprecher der Geschäftsführung
Internationaler Kreis	Jürgen Geißinger	MTU Aero Services, Mitglied des Aufsichtsrats
Internet und Digitale Wirtschaft	Florian Roth	SAP, Chief Information Officer
Junge Generation	Thomas Lang	INTARGIA Managementberatung GmbH, Partner
Künstliche Intelligenz und Wertschöpfung 4.0	Hans Georg Krabbe	ABB, Vorsitzender des Vorstands
Steuern	Frank W. Grube	KPMG AG, Mitglied des Vorstands
Umwelt- und Klimaschutz	Detlev Wösten	H&R GmbH & Co. KGaA, Geschäftsführer
Verkehr, Infrastruktur, Mobilität 4.0	Werner Kook	Rhenus SE & Co. KG, Generalbeauftragter
Wissenschaftlicher Beirat	Lars P. Feld	Wirtschaftsweiser und Leiter des Walter Eucken Instituts

(Stand: Dezember 2019) ^[32]

Die Bundesarbeitsgruppen

Bundesarbeitsgruppe	Vorsitz	Unternehmen
Cybersicherheit	Timo Kob	HiSolutions AG, Vorstand
Deutsch-Französische Wirtschaftsbeziehungen	Frank Haun	Deutsche Bank, Mitglied des Vorstands
Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik	Hans Joachim Reinke	Krauss-Maffei Wegmann GmbH & Co. KG, Vorsitzender der Geschäftsführung
Gigabit-Gesellschaft	Christoph Clément	Vodafone GmbH, Mitglied der Geschäftsleitung
Krankenhausreform	Kai Hankeln	Asklepios Kliniken, Konzerngeschäftsführer CEO
Mehr privat für einen starken Staat	Wolfgang Clement (verstorben)	Bundeswirtschaftsminister a.D.
Medienwirtschaftspolitik	Thomas Dittrich	Europäischen Medien- und Business-Akademie, Geschäftsführender Gesellschafter
Moderne Verwaltung und Bürokratieabbau	Marc Reinhardt	Head of Public Sector and Health Capgemini, Mitglied der Geschäftsführung
Private Altersvorsorge	Ralf Berndt	Stuttgarter Lebensversicherung a.G., Vorstand
Rohstoffpolitik	Thomas Bünger	Aurubis AG, Mitglied des Vorstandes
Staatsfinanzen	Eckhardt Rehberg	MdB, Haushaltspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Startups	Wolfgang Stelzle	RE'FLEKT GmbH, CEO

(Stand: Dezember 2019) ^[33]

Der Wissenschaftliche Beirat

Der Wissenschaftliche Beirat steht unter der Leitung von [Lars P. Feld](#), dem Leiter des neoliberalen [Walter Eucken Instituts](#) und Vorsitzenden des [Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung](#). Die Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats waren jahrelang auf der Webseite des Wirtschaftsrats öffentlich einsehbar. Seit dem 28. Juni 2017 ist diese Einsicht passwortgeschützt und damit ausschließlich für Mitglieder des Wirtschaftsrats zugänglich.^[34] [Clemens Fuest](#) weist auf der Webseite des Ifo-Instituts auf seine Mitgliedschaft hin.^[35]

Mitglieder	Akademische Position
Lars P. Feld (Leitung)	<ul style="list-style-type: none"> • Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Vorsitzender • Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen, Mitglied • Walter Eucken Institut, Direktor/Vorstandsvorsitzender • "Kronberger Kreis" der Stiftung Marktwirtschaft, Sprecher
Marc Oliver Bettzüge	Energiewirtschaftliches Institut (EWI) , Direktor
Norbert Bolz	TU Berlin, Lehrstuhl für Medienwissenschaften
Georg Erdmann	TU Berlin, Institut für Energietechnik
Clemens Fuest	<ul style="list-style-type: none"> • Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen, Mitglied • ifo Institut, Präsident • Ludwig-Maximilians-Universität München, Professor für Volkswirtschaftslehre • "Kronberger Kreis" der Stiftung Marktwirtschaft, Mitglied
Andreas Hackethal	<ul style="list-style-type: none"> • Goethe Business School, Dekan • Uni Frankfurt am Main, Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, Schwerpunkt Finanzen
Klaus Henning	<ul style="list-style-type: none"> • Senior Berater OSTO-Systemberatung GmbH • Senior Advisor Institutscluster IMA / ZLW & IfU an der RWTH Aachen
Johanna Hey	<ul style="list-style-type: none"> • Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen, Mitglied • Institut Finanzen und Steuern, Direktorin • Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), Gründungsmitglied
Michael Hüther	<ul style="list-style-type: none"> • Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Direktor • Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), ehem. Kurator und Botschafter

Mitglieder	Akademische Position
Franz-Josef Radermacher	Leiter Forschungsinstitut für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung in Ulm Lehrstuhl für Datenbanken und künstliche Intelligenz, Uni Ulm
Thomas Straubhaar	<ul style="list-style-type: none"> • Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut (HWWI), ehem. Direktor • Uni Hamburg, Professor für Volkswirtschaftslehre, insb. Wirtschaftspolitik • Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), Botschafter
Michael Stürmer	Publizist und Chefkorrespondent „Die Welt“
Eberhard Wille	<ul style="list-style-type: none"> • Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen, ehem. Stellv. Vorsitzender^[36] • Uni Mannheim, Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre und Finanzwissenschaft
Martin Werding	<ul style="list-style-type: none"> • Uni Bochum, Lehrstuhlinhaber für Sozialpolitik und öffentliche Finanzen • Wissenschaftlicher Beirat des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Mitglied • Arbeitskreis Finanzwissenschaft des Bundesfinanzministeriums, Mitglied

(Stand: April 2016) ^[37]

Die Landesverbände

Neben den deutschen Landesverbänden (gegliedert nach Bundesländern) gibt es den [Wirtschaftsrat Brüssel](#) (Landesverband Brüssel) und den [Wirtschaftsrat Sektion New York](#).

Netzwerke

Im Freistaat Bayern arbeitet der Wirtschaftsrat mit dem [Wirtschaftsbeirat Bayern](#), einer Lobbyorganisation CSU-naher Unternehmen zusammen. Zur EU-Kommission und zum EU-Parlament besitzt der Wirtschaftsrat einen besonderen Zugang: Denn [Günther Oettinger](#), ehemaliger EU-Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft, ist (beratendes) Mitglied des Präsidiums. Zudem waren einflussreiche CDU-Europaparlamentarier jahrelang kooptierte Vorstandsmitglieder des [Wirtschaftsrats Brüssel](#), einem Landesverband des Wirtschaftsrats: [Rainer Wieland](#) bis 2016, [Werner Langen](#) und [Godelieve Quisthoudt-Rowohl](#) bis 12/2018. ^{[38][39][40]}

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ [Die Landesverbände des Wirtschaftsrats](#), abgerufen am 11.11.2020.
2. ↑ [Die Stimme der Sozialen Marktwirtschaft](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 16.04.2019.
3. ↑ [Wirtschaftsrat gegen überzogene Verschärfung der Klimaziele](#), wirtschaftsrat.de abgerufen am 13.11.2020.
4. ↑ [Wirtschaftsrat lehnt Erhöhung des Kurzarbeitergeldes ab](#), wirtschaftsrat.de abgerufen am 13.11.2020.
5. ↑ [Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns aussetzen](#), wirtschaftsrat.de abgerufen am 13.11.2020.
6. ↑ [Einführung der Grundrente nicht realistisch](#), wirtschaftsrat.de abgerufen am 13.11.2020.
7. ↑ [Webseite Wirtschaftsrat der CDU](#), abgerufen am 07.03.2012.
8. ↑ [Jahresbericht 2019](#), Wirtschaftsrat der CDU: Jahresbericht 2019, S. 6, wirtschaftsrat.de, abgerufen am 11.11.20.
9. ↑ [Imagebroschüre 2019](#), vgl. S. 20, wirtschaftsrat.de, abgerufen am 11.11.20.
10. ↑ [E.ON-RWE-Deal contra Energiewende?](#), solarserver.de, abgerufen am 11.11.20, sowie [E.ON kündigt Investitionen zur Wiederbelebung der Wirtschaft an](#), windmesse.de, abgerufen am 11.11.20.
11. ↑ [CDU-Wirtschaftsrat nennt EU-Klimaplan "Instinktlosigkeit"](#), finanztreff.de abgerufen am 13.11.2020.
12. ↑ [Wie die Pandemie das Klima schützt - und bedroht](#), sueddeutsche.de abgerufen am 13.11.2020.
13. ↑ ["Nicht alles nur durch die Klimabrille sehen"](#), rp-online.de abgerufen am 13.11.2020.
14. ↑ ["Nicht alles nur durch die Klimabrille sehen"](#), rp-online.de abgerufen am 13.11.2020.
15. ↑ [Pressemitteilung vom 28.10.20](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 11.11.20.
16. ↑ [Pressemitteilung vom 28.10.20](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 11.11.20.
17. ↑ [BMZ, Faire globale Liefer- und Wertschöpfungsketten](#), bmz.de, abgerufen am 22.09.20.
18. ↑ [Pressemitteilung vom 28.10.20](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 11.11.20.
19. ↑ [Wirtschaftsweiser: Lieferkettengesetz legt Axt an Erfolgsmodell](#), finanznachrichten.de vom 26.08.20, abgerufen am 11.11.20.
20. ↑ [Wirtschaftsweiser: Lieferkettengesetz schadet der Wirtschaft](#), abendzeitung-münchen.de vom 26.08.20, abgerufen am 24.09.20.
21. ↑ [Der Wirtschaftstag](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 11.11.20.
22. ↑ [Der Wirtschaftstag 2018](#), vgl. ab Minute 6:00, abgerufen am 12.11.20.
23. ↑ [Der Wirtschaftstag 2018](#), vgl. ab Minute 6:31, abgerufen am 12.11.20.
24. ↑ [Der Wirtschaftstag 2019](#), vgl. ab Minute 7:13, abgerufen am 12.11.20.
25. ↑ ["Die Landesdatenschützer müssen weg"](#), golem.de vom 2.3.2012, abgerufen am 07.03.2012.
26. ↑ [Sponsoring der einzelnen Veranstaltungen](#), wirtschaftstag.de, abgerufen am 13.11.2020.
27. ↑ [Jahresbericht 2019](#), vgl. S. 6, wirtschaftsrat.de, abgerufen am 11.11.20.
28. ↑ [<https://wirtschaftstag.wirtschaftsrat.de/> Wirtschaftstag 2020, wirtschaftsrat.de, abgerufen am 17.11.20.
29. ↑ [Wirtschaftsweiser: Lieferkettengesetz legt Axt an Erfolgsmodell](#), finanznachrichten.de vom 26.08.20, abgerufen am 11.11.20.
30. ↑ [Präsidium](#), abgerufen am 11.11.2020.

31. ↑ [Webseite Wirtschaftsrat der CDU - Bundesvorstand](#), abgerufen am 11.11.2020.
32. ↑ [Bilanz des Wirtschaftsrates 2019](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 11.11.2020.
33. ↑ [Bilanz des Wirtschaftsrates 2019](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 11.11.2020.
34. ↑ [Mitgliederlogin](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 28.06.2017
35. ↑ [Stipendien, Preise und Mitgliedschaften](#), ifo.de, abgerufen am 18.12.2020
36. ↑ [Mitglieder des Sachverständigenrates Webseite SVR](#), abgerufen am 19.12.2020
37. ↑ [Wissenschaftlicher Beirat - Zukunftskommission des Wirtschaftsrates](#), abgerufen am 28.04.2016.
38. ↑ [Wirtschaftsrat Brüssel: Wirtschaftskompetenz für Europa](#), docplayer.org, abgerufen am 17.04.2019
39. ↑ [Jahresbericht 2016 Wirtschaftsrat, Landesverband Brüssel](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 18.04.2019
40. ↑ [Jahresbericht 2018 Wirtschaftsrat, Landesverband Brüssel](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 18.04.2019.

Roman Herzog Institut

Das **Roman Herzog Institut** ist ein Think tank, bezahlt von [Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft \(vbw\)](#) und dem [Verband der Bayerischen Metall- und Elektro-Industrie \(vbm\)](#).

Roman Herzog Institut

[[Bild:<datei>|center]]

Rechtsform	eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich	Denkfabrik der bayerischen Arbeitgeber
Gründungsdatum	<text>
Hauptsitz	Max-Joseph-Straße 580333 München
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	<text>
Webadresse	www.romanherzoginstitut.de

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	49
2 Organisationsstruktur und Personal	49
2.1 Träger	49
2.2 Kooperationspartner	49
2.3 Vorstand	49
2.4 Wissenschaftlicher Beirat	50
2.5 Experten	50
3 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	50
4 Einzelnachweise	50

Kurzdarstellung und Geschichte

Das Institut entwickelt im Namen des ehem. Bundespräsidenten **Roman Herzog** Reforminitiativen aus der Sicht der bayerischen Arbeitgeber.

Zu den Aktivitäten des Instituts gehören Publikationen, Veranstaltungen und eine Impulsbörse. Auf einen eigenen Verwaltungsapparat wird weitgehend verzichtet, die Organisation des Instituts bleibt hauptsächlich virtuell.

Organisationsstruktur und Personal

Träger

Träger sind:

- [Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft](#) (vbw) (vertritt 90 bayerische Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände sowie 27 Einzelunternehmen)
- [Verband der Bayerischen Metall- und Elektro-Industrie](#) (vbm)

Kooperationspartner

Kooperationspartner ist das arbeitgebernahe [Institut der deutschen Wirtschaft](#) (IW)

Vorstand

Ehrenvorsitzende	Roman Herzog	<ul style="list-style-type: none"> • ehem. Bundespräsident • Friedrich August von Hayek Stiftung, Mitglied des Kuratoriums • Konvent für Deutschland, Vorsitzender des Konventkreises
Vorsitzender	Randolf Rodenstock	<ul style="list-style-type: none"> • Gesamtmetall, Vizepräsident • Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Vizepräsident • Aktionsrat Marktwirtschaft, Vorstand
	Alfred Gaffal	<ul style="list-style-type: none"> • Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw), Präsident
	Bertram Brossardt	<ul style="list-style-type: none"> • Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw), Hauptgeschäftsführer
Weitere	Frank A. Bergner, Fritz Kempfer, Christian Joh. Tipecska	

(Stand: Dezember 2015) Quelle: ^[1]

Wissenschaftlicher Beirat

Die Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören u.a.:

- [Nils Goldschmidt](#), Professor für Wirtschaftswissenschaft und ihre Didaktik am [Zentrum für ökonomische Bildung](#) der Universität Siegen
 - Vorsitzender der [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#)
 - Affiliated Fellow am [Walter Eucken Institut](#)
 - Vorsitzender des [Wilhelm-Röpke-Institut](#)
 - Mitglied der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#)
- [Dagmar Schipanski](#)
 - Rektorin des Studienkollegs zu Berlin
 - Botschafterin der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft \(INSM\)](#)
 - Ministerin a.D. (CDU)

Experten

Ökonomie, u.a.

- Dominik Ernste (siehe Beirat)
- Nils Goldschmidt (siehe Beirat)
- [Michael Hüther](#), Direktor des [Institut der deutschen Wirtschaft](#), u. a.
 - Kurator der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#)
 - Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des [Wirtschaftsrat der CDU](#)
 - Mitglied des [Aktionsrat Marktwirtschaft](#)
- [Randolf Rodenstock](#) (siehe Vorstand)
- Steffen Roth, Geschäftsführer des [Institut für Wirtschaftspolitik](#)
 - Autor des ÖkonomenBlog der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#)
 - Mitglied der [Friedrich August von Hayek Gesellschaft](#)
- [Thomas Straubhaar](#), ehem. Direktor des [Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut](#)
 - Botschafter der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#)
 - Mitglied des Beirats des [Berlin Manhattan Institut](#)
 - Mitglied des [Wilhelm-Röpke-Institut](#)
 - Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des [Wirtschaftsrat der CDU](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ [Der Vorstand](#) Webseite des Roman Herzog Institut, abgerufen am 06.12.2015

Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit

Das **Institut zur Zukunft der Arbeit GmbH** (IZA) betreibt als privates Wirtschaftsforschungsinstitut nationale und internationale Arbeitsmarktforschung sowie Politikberatung. Gegründet wurde das Institut 1998 auf Initiative der [Deutschen Post](#).^[1] Alleiniger Gesellschafter des Instituts ist die [Deutsche Post-Stiftung](#), die im Gesellschaftsvertrag des IZA als eine "Stiftung der Deutschen Post AG" bezeichnet wird.

Präsident des IZA ist der ehemalige Vorstandsvorsitzende der Deutschen Post, [Klaus Zumwinkel](#). Seit März 2016 ist Hilmar Schneider Direktor des IZA. Sein Vorgänger ist der umstrittene [Klaus F. Zimmermann](#), der als langjähriger Institutsleiter dessen Ausrichtung maßgeblich geprägt hat.

Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (IZA)



Rechtsform	gGmbH
Tätigkeitsbereich	Arbeitsmarktforschung
Gründungsdatum	1998
Hauptsitz	Schaumburg-Lippe-Straße 5 - 9, Bonn
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	www.iza.org

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	51
2 Organisationsstruktur und Personal	52
2.1 Präsident: Klaus Zumwinkel	52
2.2 Geschäftsführung	52
2.3 Wissenschaftlicher Beirat	52
2.4 Policy Fellows	53
3 Finanzielle Abhängigkeit und Ausrichtung des Instituts	53
4 Lobbystrategien und Einfluss	54
5 Fallstudien und Kritik	54
5.1 2014: IZA verklagt den Publizisten Werner Rügemer	54
6 Weiterführende Informationen	54
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	55
8 Einzelnachweise	55

Kurzdarstellung und Geschichte

Das IZA versteht sich als internationales Forschungsinstitut und Ort der Kommunikation zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis. Zahlreiche Ökonomen arbeiten virtuell oder vor Ort im Rahmen konkreter Forschungsvorhaben mit dem IZA zusammen. Darüber hinaus bindet sich das IZA aktiv in internationale Forschungsnetzwerke ein. Es stellt Forschungsergebnisse der Arbeitsökonomie bereit und liefert auf dieser Grundlage handlungsrelevante Erkenntnisse für Politik und Gesellschaft.

Das IZA vertritt wirtschaftsliberale Positionen und war über ihren langjährigen Direktor Zimmermann sowie ihre "Policy Fellows" mit Organisationen der Arbeitgeber und neoliberalen Denkfabriken vernetzt. Die "Policy Fellows" werden auf der IZA-Webseite seit mindestens 2017 nicht mehr erwähnt.

Das IZA erstellt u. a. Studien für die [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft \(INSM\)](#)^[2] und die [Bertelsmann Stiftung](#)^[3]

Organisationsstruktur und Personal

Alleiniger Gesellschafter des Instituts ist die [Deutsche Post-Stiftung](#). Diese kann lt. Gesellschaftervertrag den Geschäftsführer des Instituts (= den Direktor) bestellen und abberufen. Die Stiftung kann die Gesellschaft in einer Frist von 6 Monaten zum Schluß des Geschäftsjahres kündigen.^[4]

Präsident: Klaus Zumwinkel

Klaus Zumwinkel war Vorstandsvorsitzender der [Deutschen Post](#) AG und ehem. Mitglied des Aufsichtsrats zahlreicher Großunternehmen (z. B. [Deutsche Telekom](#), [Allianz](#), [Lufthansa](#), [Arcandor](#)). Nach Ermittlungen wegen Steuerhinterziehung trat Zumwinkel im Februar 2008 als Postchef zurück. Im Januar 2009 wurde er zu einer zur Bewährung ausgesetzten Freiheitsstrafe verurteilt. Zumwinkel ließ sich Pensionsansprüche in Höhe von 20 Mio. € auszahlen und kassierte für seine zweimonatige Tätigkeit als Vorstandschef im Jahr 2008 über 700.000€^[5]

(Stand: Januar 2018)

Geschäftsführung

- Hilmar Schneider ist seit März 2016 Vorsitzender der Geschäftsführung (Direktor) des IZA
- **Martin C. Clemens** ist seit März 2016 Kaufmännischer Geschäftsführer des IZA und gleichzeitig Geschäftsführer des SUN Institute Environment Sustainability sowie Kaufmännischer Geschäftsführer des briq Institute on Behavior & Inequality, die - wie das IZA - von der Deutsche Post-Stiftung als alleiniger Gesellschafterin gegründet worden sind.^[6] Clemens war bis zu seinem Wechsel zum IZA im Jahr 2006 in verschiedenen leitenden Funktionen des Personalmanagements der Deutschen Post DHL tätig.^[7]

(Stand: Januar 2018)

[Klaus F. Zimmermann](#) war seit der Gründung des IZA bis Februar 2016 dessen Direktor

Wissenschaftlicher Beirat

- Thomas von Mitschke-Collande (CSU-Mitglied), Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats, Unternehmensberater, ehem. Senior Partner McKinsey
- Jürgen Kluge, Unternehmensberater, Senior Advisor bei Bank of America Merrill Lynch, ehem. Vorstandsvorsitzender Franz Haniel & Cie^[8]
- Andrew J. Oswald, Professor an der University of Warwick
- Christopher A. Pissarides, Professor an der London School of Economics, Wirtschaftsnobelpreis 2010
- Frank-Jürgen Weise (CDU-Mitglied), ehemaliger Leiter der Bundesagentur für Arbeit sowie des Bundesamtes für Migration

(Stand: Januar 2018)

Policy Fellows

Das IZA verfügte über einen Kreis von "Policy Fellows" (dt. Politikkollegen), mit denen es in besonderer Weise kooperierte. Die Vernetzung mit einflussreichen Vertretern aus Wirtschaft, Politik, Medien und Gesellschaft sollte nach eigenen Angaben dazu beitragen, das Beratungsangebot des Instituts entsprechend zu akzentuieren und seine Forschungsergebnisse noch gezielter in die Öffentlichkeit zu vermitteln. Zu dem Netzwerk gehörten zahlreiche Organisationen der Arbeitgeber und neoliberale Denkfabriken.

Finanzielle Abhängigkeit und Ausrichtung des Instituts

Das IZA ist eine Tochtergesellschaft der [Deutsche Post-Stiftung](#). Diese ist alleinige Gesellschafterin des Instituts und kann lt. § 5 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrags die Geschäftsführer des Instituts bestellen und abberufen sowie die Gesellschaft in einer Frist von 6 Monaten zum Schluß des Geschäftsjahres kündigen (§§ 5 Abs. 2, 12 Abs. 1 Gesellschaftsvertrag).^[9] Die [Deutsche Post-Stiftung](#) ist laut Gesellschaftsvertrag des IZA (Präambel) ihrerseits eine "Stiftung der Deutsche Post AG". Das IZA bezeichnet sich selbst gleichwohl als unabhängiges Forschungsinstitut^[10]. Gemeint ist wohl, dass der Post-Konzern der Tochtergesellschaft seiner Stiftung faktisch ein unabhängiges Agieren einräumt. Diese Annahme scheint jedoch nicht zuzutreffen. IZA-Präsident Klaus Zumwinkel war Vorstandsvorsitzender des Post-Konzerns und mischt sich laut internen Quellen auch ins Tagesgeschäft des IZA ein.^[11] IZA-Geschäftsführer Martin C. Clemens war leitender Mitarbeiter in Konzernunternehmen der Post. Auch im Kuratorium der [Deutsche Post-Stiftung](#) sitzen Personen aus dem Umfeld der [Deutsche Post DHL Group](#). Die weiteren Verflechtungen zwischen Post-Konzern, Deutsche Post-Stiftung und IZA sind unter [Deutsche Post-Stiftung](#) abrufbar. Neben den dort genannten Anhaltspunkten für eine Abhängigkeit des IZA vom Post-Konzern spielt auch die finanzielle Abhängigkeit vom Post-Konzern eine Rolle, der als einer der größten deutschen Arbeitgeber von der arbeitsmarktpolitischen Forschungs- und Beratungstätigkeit des Instituts selbst betroffen ist.

Das IZA finanziert sich zu etwa 80 % über die [Deutsche Post-Stiftung](#).^[12] Nach anfänglicher Auskunftsverweigerung über die Höhe der Zuwendung hat die Deutsche Post AG bestätigt, dass die Stiftung im Rahmen einer bis 2022 laufenden Schenkungsvereinbarung ein Viertel Promille der Umsatzerlöse oder ein Drittel Promille des Personalaufwands des Post-Konzerns erhält.^[13] Im Jahr 2015 betrug der Zufluss an die Stiftung ca. 14 Mio. Euro, deren einzige Aktivitäten bis 2014 in der Förderung und Finanzierung des IZA bestanden. Ein Wirtschaftsunternehmen wie der Post-Konzern wird ein Arbeitsmarktforschungsinstitut nur initiieren und in dieser Höhe dauerhaft subventionieren, wenn dessen Ausrichtung seiner Interessenlage als Arbeitgeber gerecht wird. Mit der Einstellung der Finanzierung, die für das IZA existenzgefährdend wäre, verfügt der Post-Konzern außerdem über ein finanzielles Drohpotential, mit dem er das IZA jederzeit "auf Kurs" bringen könnte. Die arbeitsmarktpolitischen Positionen des IZA entsprechen im Wesentlichen denen der Arbeitgeber: Ablehnung des Mindestlohns, Ausweitung des Niedriglohnsektors und Heraufsetzung des Renteneintrittsalters.^[14]

Unter ihrem damaligen Präsidenten [Klaus F. Zimmermann](#) beauftragte das Institut für die Studienreihe "IZA World of Labor" den Mindestlohn-Gegner David Neumark damit, politischen Entscheidungsträgern den Stand der Wissenschaft objektiv zu präsentieren. Die weitaus meisten der Aufsätze oder Bücher, die Neumark in

der ZA-Broschüre mit dem Befund negativer Beschäftigungseffekte zitiert, stammen nach einem Bericht im Handelsblatt jedoch von ihm selbst, was kaum erkennbar sei.[18] Fragwürdig in Sachen neutrale Darstellung sei besonders, dass Neumark selbst das Urteil fälle, dass Studien, die negative Effekte finden, methodisch besser seien; wiederum ohne dass der Leser direkt sehen könnte, dass hier jemand Studien seiner wissenschaftlichen Kontrahenten abqualifiziert. Zimmermann verteidigte den Beitrag laut Handelsblatt kompromisslos: "Den Vorwurf, Herr Neumark sei parteiisch, muss ich zurückweisen".

Lobbystrategien und Einfluss

Das IZA gehört zu einem der führenden internationalen Wirtschaftsforschungsinstitute für Arbeitsmarktpolitik mit einem erheblichen Einfluss auf die Ausgestaltung der Arbeitsmärkte.

In der Monatszeitschrift Blätter für deutsche und internationale Politik kritisierte Werner Rügemer „eine neue Form des Lobbyismus“ und nannte in diesem Zusammenhang auch das IZA. Dessen Direktor Klaus F. Zimmermann verklagte daraufhin Werner Rügemer. Die Pressekammer des Landgerichts Hamburg verkündete am 6. 2. 2015 eine Entscheidung, nach der die Aussage, das IZA betreibe Lobbying unzulässig sei. Zulässig sei dagegen die Aussage (als freie Meinungsäußerung und nicht als Tatsachenbehauptung), das IZA bezeichne sich faktenwidrig als unabhängig und von freier Wissenschaft könne beim besten Willen nicht gesprochen werden.^{[15][16][17]}

Fallstudien und Kritik

2014: IZA verklagt den Publizisten Werner Rügemer

Im Mai 2014 verklagte IZA-Chef [Klaus F. Zimmermann](#) den Publizisten Werner Rügemer sowie Peter Kleinert, Herausgeber der Neuen Rheinischen Zeitung (NRhZ). Grund war ein Artikel über Lobbyismus, den Rügemer im August 2013 veröffentlichte. In dem Artikel wird das IZA als Beispiel dafür herangezogen, wie unter dem Mantel der Wissenschaftlichkeit und Unabhängigkeit Interessen vertreten werden. Das IZA klagte dagegen, dass es als 'nicht unabhängig' bezeichnet werde und keine 'freie Wissenschaft' betreibe.

Aus Sicht von LobbyControl ist die Gründung des IZA im Kontext eines erweiterten Lobbying, dem sog. [deep lobbying](#), zu sehen. Dabei geht es darum, über die Einflussnahme auf Öffentlichkeit oder wissenschaftliche Diskurse indirekt bzw. längerfristig auf die Politik einzuwirken. Es ist recht klar, dass es eine Abhängigkeit des IZA von der [Deutschen Post-Stiftung](#) gibt, die in der Präambel des Gesellschaftsvertrags des IZA als eine "Stiftung der Deutschen Post AG, des größten Arbeitgebers in Deutschland" bezeichnet wird.^[18] Die Stiftung stellt den Großteil der Finanzierung und sie ist laut Handelsregister-Unterlagen die alleinige Gesellschafterin des Instituts.^[19] ^[20]

Weiterführende Informationen

[Norbert Häring: Ein Sieg für Deutschlands Arbeitnehmer: Klaus Zimmermann verlässt das IZA, Newsblog Norbert Häring, 16. Dezember 2015](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ IZA (Hrsg.): [15 Jahre IZA: 15 Jahre Arbeitsmarktforschung und Politikberatung](#). 2013. S. 2 (pdf, 13 MB)
2. ↑ z. B. Report No. 20: Bald erstmals weniger als 3 Mio. Arbeitslose in Deutschland, Bonn 2008 und Report No. 15: Die fiskalischen Kosten der SGB-Regelungen zum erleichterten Bezug von Arbeitslosengeld für Ältere, Bonn 2007
3. ↑ Report No. 30: Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Bonn 2010 und Report No. 25: Atypische Beschäftigung und Niedriglohnarbeit, Bonn 2010
4. ↑ Gesellschaftsvertrag "Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit GmbH" in der Fassung vom 15. Juli 2011, Amtsgericht Bonn, HRB 7745
5. ↑ [Hans Leyendecker: Klaus Zumwinkel 20 Millionen Euro Pension, Süddeutsche Zeitung vom 13. März 2009](#), Website SZ, abgerufen am 09.06.2012
6. ↑ [Über uns](#), sun-institute, abgerufen am 04.01.2018
7. ↑ [Profil](#), iza.org, abgerufen am 04.01.2018
8. ↑ [Kurzvita](#), juergen-kluge.com, abgerufen am 13.10.2017
9. ↑ Gesellschaftsvertrag "Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit GmbH" in der Fassung vom 15. Juli 2011, Amtsgericht Bonn, HRB 7745
10. ↑ [Aufgaben und Ziele](#), iza.org, abgerufen am 03.01.2017
11. ↑ [Zumwinkel und seine Bonner Forscher](#), 16.02.2016, general-anzeiger-bonn, abgerufen am 07.07.2017
12. ↑ [Klaus F. Zimmermann - Biographisches, Webseite IZA](#), abgerufen am 20.02.2015
13. ↑ [Finanzierung](#), deutsche-post-stiftung.org, abgerufen am 05.01.2018
14. ↑ [IZA: Neoliberaler Think Tank unter Druck](#), heise.de vom 17.02.2015, abgerufen am 05.01.2018
15. ↑ [Thomas Barth: Neoliberaler Think Tank unter Druck Das Institut für Zukunft der Arbeit und Lobbyismus Vorwürfe](#), Telepolis vom 17. 02. 2015, abgerufen am 19. 02. 2015
16. ↑ [Urteil des Landgerichts Hamburg zum Rügemer-Prozess vom 19. Februar 2015](#), Homepage Klaus F Zimmermann, abgerufen am 20. 02. 2015
17. ↑ [Was darf Lobbying genannt werden? Ulrich Müller: Institut zur Zukunft der Arbeit verklagt Publizisten](#), 9. Mai 2014, [Webseite Lobbycontrol](#), abgerufen am 20. 02. 2015
18. ↑ Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 15 Juli 2011, Amtsgericht Bonn HRB 7745
19. ↑ [Was darf Lobbying genannt werden?](#) LobbyControl vom 09.05.2014, abgerufen am 12.05.2014
20. ↑ [Unabhängigkeit vor Gericht](#) taz vom 08.05.2014, abgerufen am 12.05.2014

NOUS

NOUS

Rechtsfor

NOUS

m

Tätigkeitsbereich Netzwerk neoliberaler

Organisationen und Wissenschaftler

Gründung 2016

sdatum

Hauptsitz Freiburg (c/o [Walter Eucken Institut](#))

Lobbybüro

Lobbybüro

EU

Webadres nous.network

se

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	56
2 Mitglieder	57
2.1 Organisationen	57
2.2 Wissenschaftler	57
3 Vorsitzende	57
4 Ansprechpartner	57
5 Verbindung zu internationalen Netzwerken	58
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	58
7 Einzelnachweise	58

Kurzdarstellung und Geschichte

NOUS ist ein Netzwerk für Ordnungsökonomik und Sozialphilosophie, das 2016 von ehemaligen Mitgliedern der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#) gegründet worden ist.^[1] Etwa 50 Mitglieder waren 2015 ausgetreten, weil die Hayek-Gesellschaft nach ihrer Auffassung zunehmend von einem rechten Milieu bestimmt wird, das mit dem Vermächtnis von Hayeks nichts zu tun hat.

Dem beim [Walter Eucken Institut](#) angesiedelten Netzwerk gehören neoliberale Wissenschaftler (Ökonomen, Philosophen, Politikwissenschaftler) sowie neoliberale Institute und Organisationen an, die sich überwiegend auch als Politikberater betätigen. Verbindungen gibt es insbesondere zu Organisationen, die der CDU, der FDP und der Wirtschaft nahe stehen. Nach eigenen Angaben unterstützt das Netzwerk die Forschung, den wissenschaftlichen Austausch, die Vernetzung und die Förderung von Nachwuchs auf den für freiheitliches ordnungspolitisches Denken relevanten Feldern von Philosophie, Politik und Ökonomik und darüber hinaus.^[2] Zu den Aktivitäten gehört die Agora Sommerakademie (Veranstalter: NOUS und [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#)), der Diskussionskreis Wissenschaft und der Diskussionskreis Publizistik.

Mitglieder

Organisationen

Mitglieder sind: [Atlas Network](#), [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#), [ECONWATCH](#), [Hanns Martin Schleyer Stiftung](#) (Gründer: [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) und [Bundesverband der Deutschen Industrie](#)), [Walter Eucken Institut](#) und [Wilhelm-Röpke-Institut](#).

Wissenschaftler

Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar.

Vorsitzende

Vorsitzende sind:

- [Karen Horn](#), Dozentin für ökonomische Ideengeschichte, Vorstandsmitglied der [Herbert-Giersch-Stiftung](#), Fellow des [Institut der deutschen Wirtschaft](#) (IW), Policy Fellow des [Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit](#) (IZA), Stellv. Kuratoriumsvorsitzende des [Walter Eucken Institut](#), Vorstandsmitglied der [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#) und des [Council on Public Policy](#), Kuratoriumsmitglied des [Zentrum für ökonomische Bildung](#), Vertrauensdozentin und Mitglied der [Freiheitsgesellschaft der Friedrich-Naumann-Stiftung](#), Mitglied der [Mont Pelerin Society](#), der [Jenaer Allianz](#), des Kuratoriums von [Open Europe Berlin](#) sowie des Beirats der [Die Familienunternehmer - ASU](#)^[3]
- [Lars P. Feld](#), Direktor des [Walter Eucken Institut](#), Mitglied des [Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen](#), Mitglied des [Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung](#) (SVR), Sprecher des „[Kronberger Kreises](#)“ der [Stiftung Marktwirtschaft](#), Präsidiumsmitglied der [Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik](#), Kuratoriumsmitglied von [ECONWATCH](#), Mitglied des [Wissenschaftlichen Beirats des Wirtschaftsrat der CDU](#), der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#) und der [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#), Mitglied der [Mont Pelerin Society](#) sowie Mitglied des [Wilhelm-Röpke-Institut](#)

Ansprechpartner

Ansprechpartner des Diskussionskreises Wissenschaft sind:

- [Gerhard Wegner](#), Professor für Institutionenökonomie und Wirtschaftspolitik an der Universität Erfurt, Vorstandsmitglied des [Wilhelm-Röpke-Institut](#), Mitglied des [Walter Eucken Institut](#) und des Promotionskollegs der [Konrad-Adenauer-Stiftung](#) (KAS)
- [Stefan Kolev](#), Professor für Wirtschaftspolitik an der Westsächsischen Hochschule Zwickau, Vorstandsvorsitzender des [Wilhelm-Röpke-Institut](#), Mitglied des [Walter Eucken Institut](#) und Vertrauensdozent der [Friedrich-Naumann-Stiftung](#)

Ansprechpartner Publizistik

- [Karen Horn](#) (siehe Vorsitzende)

- [Michael Wohlgemuth](#), Professor für politische Ökonomie an der Universität Witten/Herdecke, Direktor von [Open Europe Berlin](#), Sprecher der [Jenaer Allianz](#), Kuratoriumsmitglied des [Zentrum für ökonomische Bildung](#), Mitglied des Ordnungspolitischen Beirats und des Promotionskollegs der [Konrad-Adenauer-Stiftung \(KAS\)](#) sowie Affiliated Fellow am [Ratio Institute](#), Stockholm

Verbindung zu internationalen Netzwerken

Zu den NOUS-Wissenschaftlern gehören auch Repräsentanten des weltweit größten neoliberalen Elitennetzwerkes [Mont Pelerin Society](#), des libertären und klimaskeptischen [Atlas Network](#) und des britischen marktliberalen [Institute of Economic Affairs](#), das die Thatcher-Reformen konzipiert hat. So ist das Mitglied Peter J. Boettke Präsident der [Mont Pelerin Society](#). Tom G. Palmer ist für die internationalen Programme des [Atlas Network](#) zuständig, dem 465 Partner in 95 Ländern angehören.^[4] Mark Pennington ist Kurator des [Institute of Economic Affairs](#) und in der [Mont Pelerin Society](#) aktiv.

Beide Vorsitzende von NOUS - [Karen Horn](#) und [Lars P. Feld](#) - sind Mitglieder der [Mont Pelerin Society](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ „[Netzwerk für Ordnungsökonomik und Sozialphilosophie](#)“ tagt erstmals, 12.07.2016, badische-zeitung.de, abgerufen am 20.02.2017
2. ↑ [Über uns](#), nous.network, abgerufen am 19.02.2017
3. ↑ [Profil](#), karenhorn.de, abgerufen am 19.02.2017
4. ↑ [Global Directory](#), atlasnetwork.org, abgerufen am 19.02.2017

Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft

Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft

Rechtsform	eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich	Verbreitung neoliberaler Ideen
Gründungsdatum	23. Januar 1953
Hauptsitz	Tübingen
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	www.asm-ev.de

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	59
2 Alexander Rüstow	59
3 Organisationsstruktur und Personal	60
3.1 Vorstand	60
3.2 Beirat	60
4 Kooperationen	61
5 Förderer	61
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	61
7 Einzelnachweise	62

Kurzdarstellung und Geschichte

Die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft e.V. (ASM), ein eingetragener Verein mit Sitz in Tübingen, wurde 1953 als eine Vereinigung von Wissenschaftlern, Unternehmern, Verbänden und Privatpersonen gegründet.^[1] Nach eigenen Angaben setzt sich die ASM für den Schutz und die Förderung des Privateigentums, die Entscheidungsfreiheit des Unternehmers und den Leistungswettbewerb als Grundlage einer gerechten Gesellschaft ein. Die Soziale Marktwirtschaft wolle die Freiheit auf dem Markt mit dem sozialen Ausgleich verbinden. Doch erst die marktwirtschaftliche Leistung mache sozialen Fortschritt möglich. Der einzelne Mensch werde nicht allein gelassen, doch dürfe ihm die individuelle Verantwortung nicht abgenommen werden. Die ASM organisiert Veranstaltungen, erstellt Publikationen (Schriftenreihe „Marktwirtschaftliche Reformpolitik“) und verleiht die „Alexander Rüstow-Plakette“.

Im Rahmen der wirtschaftlichen Ausbildung der jungen Generation verfolgt die ASM das Projekt "Soziale Marktwirtschaft im Unterricht". Dabei sollen auch der Gedanke einer Weiterentwicklung von Regeln im Sinne des neoliberalen Vordenkers [Friedrich August von Hayek](#) didaktisiert werden.^[2]

Alexander Rüstow

Alexander Rüstow (geboren 1885 in Wiesbaden, gestorben 1963 in Heidelberg) war bis 1962 Vorsitzender und danach Ehrenvorsitzender der ASM. Er war ein aufgeklärter und differenziert denkender Wirtschaftsliberaler, der den Markt zwar als Motor der wirtschaftlichen Entwicklung, nicht jedoch als Allheilmittel betrachtete:

„Der schwerste Fehler des Liberalismus liegt in seinem Pseudouniversalismus, seiner Blindheit für die Rahmenbedingungen und gesellschaftlichen Voraussetzungen, die seine Geltung begrenzen“.^[3]

Aus der Erkenntnis heraus, dass die Wohltaten des Marktes nur bei funktionierendem Wettbewerb entstehen können, forderte Rüstow eine konsequente Wettbewerbspolitik mit striktem Kartellverbot, Fusionskontrolle und Entflechtungsmöglichkeiten. Er ging sogar so weit, die Sozialisierung von Unternehmen zu empfehlen, deren Monopolstellung unvermeidlich ist: „Sozialisierung aller Wirtschaftszweige, die wie insbesondere der Schienenverkehr und die public utilities, aus natürlichen, technischen oder sonstigen Gründen eine unvermeidliche Monopolstellung haben (Sozialisierung der Rüstungsindustrie dürfte sich auch noch aus anderen als wirtschaftlichen Gründen empfehlen). Solange doch noch ausnahmsweise private Monopole, insbesondere Trusts, bestehen: scharfe Staatsaufsicht mit Preisgenehmigung und Lieferzwang“.^[4]

Solche Positionen werden von den heutigen Repräsentanten der ASM nicht mehr vertreten. Diese unterscheiden sich in ihrer Marktgläubigkeit und dem Motto „mehr Markt – weniger Staat“ nicht von den anderen neoliberalen Netzwerken, mit denen sich die ASM auch personell überschneidet.

Organisationsstruktur und Personal

Vorstand

(Stand: August 2019)

- **Nils Goldschmidt** (Vorsitzender), Professor für Kontextuale Ökonomik und ökonomische Bildung an der Universität Siegen mit Verbindungen zu den folgenden Organisationen:
 - **Wilhelm-Röpke-Institut**: Vorstandsmitglied
 - **Walter Eucken Institut**: Affiliated Fellow
 - **NOUS**: Mitglied
 - **Roman Herzog Institut**: Experte
 - **Jenaer Allianz**: Gründungsmitglied
 - **Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft**: ehem. Mitglied
- **Rolf Hasse** (Stellv. Vorsitzender), Vorsitzender der **Leipziger Wirtschaftspolitische Gesellschaft**, Sprecher des Promotionskolleg Soziale Marktwirtschaft der **Konrad-Adenauer-Stiftung** (KAS)
- **Karen Horn** (Stellv. Vorsitzende), Publizistin, ehemalige Leiterin des Berliner Büros des arbeitgebernahen **Institut der deutschen Wirtschaft**, ist u. a. Mitglied/Funktionsträger der folgenden Organisationen:
 - **Mont Pelerin Society**: Mitglied
 - **Walter Eucken Institut**: Stellv. Vorsitzende des Kuratoriums
 - **Open Europe Berlin**: Mitglied des Kuratoriums
 - **Herbert Giersch Stiftung**: Mitglied des Vorstands
 - **Institut der deutschen Wirtschaft**: Fellow
 - **Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit** (IZA): Gründungsmitglied der Policy Fellows
 - **Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft**: bis 7/2015 Vorsitzende des Vorstands
- **Taiga Brahm**, Professur für Ökonomische Bildung und Wirtschaftsdidaktik an der Eberhard Karls Universität Tübingen
- **Claus Dierksmeier**, Professur für Globalisierungs- und Wirtschaftsethik an der Eberhard Karls Universität Tübingen, Direktor des Weltethos-Institut, Tübingen

Beirat

Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören u.a. (Stand: Januar 2018):

- **Lars P. Feld**
 - **Walter Eucken Institut**, Leiter
 - **Stiftung Marktwirtschaft**, Sprecher "Kronberger Kreis"
 - **Ludwig-Erhard-Stiftung**, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
 - **NOUS**, Mitglied
 - **Mont Pelerin Society**, Mitglied
- **Otmar Issing**
 - **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft** (INSM), Botschafter
 - **Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung**, Mitglied des Kuratoriums

- [Walter Eucken Institut](#), Mitglied
- [Ludwig-Erhard-Stiftung](#) , Mitglied
- [NOUS](#), Mitglied
- [Goldman Sachs](#), Berater
- [Joachim Starbatty](#), emeritierter Professor, Europaabgeordneter der [Alternative für Deutschland \(AfD\)](#), aus der er inzwischen ausgetreten ist
 - [Ludwig-Erhard-Stiftung](#): Mitglied
 - [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#): Mitglied
 - [Open Europe Berlin](#): Mitglied des Kuratoriums
 - [Mont Pelerin Society](#): Mitglied
- [Gerhard Wegner](#)
 - [Wilhelm-Röpke-Institut](#), Vorsitzender des Vorstands
 - [Walter Eucken Institut](#), Mitglied
 - [NOUS](#), Mitglied
 - [Konrad-Adenauer-Stiftung](#), Kollegprofessor des Promotionskollegs "Soziale Marktwirtschaft"
- [Michael Wohlgemuth](#)
 - [Open Europe Berlin](#), Direktor
 - [Walter Eucken Institut](#), Affiliated Fellow
 - [NOUS](#), Mitglied
- [Joachim Zweynert](#), Professor Internationale Politische Ökonomie an der Universität Witten/Herdecke
 - [Wilhelm-Röpke-Institut](#), Mitglied
 - [NOUS](#), Mitglied

Kooperationen

Die ASM kooperiert mit den folgenden Organisationen:

- [Hanns Martin Schleyer-Stiftung](#)
- [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)
- [NOUS](#)
- Promotionskolleg "Soziale Marktwirtschaft" der [Konrad-Adenauer-Stiftung](#)
- [Walter Eucken Institut](#)
- [Weltethos-Institut](#)
- [Wilhelm-Röpke-Institut](#)
- [Zentrum für ökonomische Bildung \(ZÖBiS\)](#)

Förderer

Die ASM wird von der Heinz Nixdorf Stiftung gefördert.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Twitter](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

[Newsletter](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [ASM/Aufgabe](#), Website ASM, abgerufen am 29.9.2011
2. ↑ [Soziale Marktwirtschaft im Unterricht](#), [Webseite ASM](#), abgerufen am 20.08.2019
3. ↑ Alexander Rüstow: Die Defizite des Liberalismus, in: Alexander Rüstow: Die Religion der Marktwirtschaft, Walter Eucken Archiv Reihe Zweite Aufklärung, Bd. 4, 3. Aufl., Berlin 2009, S. 40
4. ↑ Rüstow: Der dritte Weg, in: Religion der Marktwirtschaft, S. 55

Konrad-Adenauer-Stiftung

Die **Konrad-Adenauer-Stiftung** e.V. (KAS) ist die parteinahe Stiftung der [CDU](#).

Konrad-Adenauer-Stiftung



Rechtsform	eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich	Thinktank der CDU
Gründungsdatum	
Hauptsitz	Sankt Augustin und Berlin
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	www.kas.de

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	63
2 Organisationsstruktur und Personal	63
2.1 Vorstand	64
2.2 Mitglieder	65
2.3 Kuratorium	65
2.4 Ordnungspolitischer Beirat	66
2.5 Promotionskolleg "Soziale Marktwirtschaft"	66
2.6 Weitere Akteure	66
3 Finanzen	66
4 Mitgliedschaften/Kooperationen	66
5 Fallstudien und Kritik	67
5.1 Jenaer Allianz	67
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	67
7 Einzelnachweise	67

Kurzdarstellung und Geschichte

Ihre Tätigkeit beschreibt die KAS wie folgt: *"Die Konrad-Adenauer-Stiftung setzt sich national und international durch politische Bildung für Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit ein. Wir fördern und bewahren freiheitliche Demokratie, die Soziale Marktwirtschaft und die Entwicklung und Festigung des Wertekonsenses - ob als „Think Tank“ und Beratungsagentur, als Gastgeberin von Tagungen, Ausstellungen und Kongressen oder Unterstützerin junger Begabter"* (Website kas, abgerufen am 11. September 2012).

Organisationsstruktur und Personal

Die KAS ist bundesweit in zwei Bildungszentren und 16 Bildungswerken aktiv. In 10 Hauptabteilungen sind insgesamt 560 Mitarbeiter/innen beschäftigt. Ihre Auslandsbüros betreuen weltweit mehr als 200 Projekte in über 120 Ländern.

Vorstand

Name	Funktion	
Hans-Gert Pöttering	Vorsitzender	<ul style="list-style-type: none"> MdEP, ehem. Präsident des Europäischen Parlaments Friends of Europe, Mitglied des Kuratoriums ("Board of Trustees")
Norbert Lammert	Stellv. Vorsitzender	<ul style="list-style-type: none"> MdB, Bundestagspräsident
Beate Neuss	Stellv. Vorsitzende	<ul style="list-style-type: none"> Professorin für Internationale Politik an der TU Chemnitz
Hildigund Neubert	Stellv. Vorsitzende	<ul style="list-style-type: none"> Staatssekretärin a. D. in der Thüringer Staatskanzlei
Michael Thielen	Generalsekretär	
Franz Schoser	Schatzmeister	<ul style="list-style-type: none"> Institut für Wirtschaftspolitik (iwp), Vorsitzender des Fördervereins Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied Otto-Wolff-Stiftung, Vorstand Bund Katholischer Unternehmer, Kooptiertes Mitglied 1980-2001 Deutscher Industrie- und Handelskammertag, Hauptgeschäftsführer
Dieter Althaus	kooptiertes Mitglied	<ul style="list-style-type: none"> Ex-Ministerpräsident Thüringens Lobbyist für den Automobilzulieferer Magna International
Peter Altmaier	kooptiertes Mitglied	<ul style="list-style-type: none"> Chef des Bundeskanzleramtes
Otto Bernhardt		<ul style="list-style-type: none"> PKS Kommunikations- und Strategieberatung GmbH, Partner Bundesverband mittelständische Wirtschaft (BVMW), Mitglied des Politischen Beirats Verband unabhängiger Vermögensverwalter Deutschlands (VuV), Lobbyist^[1]
Hermann Gröhe		<ul style="list-style-type: none"> Bundesgesundheitsminister, zuvor Generalsekretär der CDU
Michael Grosse-Brömer	kooptiertes Mitglied	<ul style="list-style-type: none"> Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Barmenia Versicherungs-AG, Mitglied des Beirats
Volker Kauder		<ul style="list-style-type: none"> MdB, Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag

- Helmut Kohl**
 - Ex-Bundeskanzler
- Angela Merkel**
 - Bundeskanzlerin
- Hildegard Müller**
 - RWE SE, Mitglied des Vorstands
 - Wirtschaftsrat der CDU, Mitglied des Bundesvorstands
 - Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied
- Jürgen Rüttgers**
 - Ex-Ministerpräsident NRW
 - Rechtsanwalt in der Kanzlei **Beiten Burkhardt**
- Peter Tauber**
 - Generalsekretär der CDU Deutschlands
- Bernhard Vogel** Ehrenvorsitzen der
 - Ex-Ministerpräsident Thüringens

Weitere Mitglieder: Hermann Kues, Anton Pfeifer, Andreas Rödder, Hans-Peter Schwarz

(Stand: Februar 2017) Quelle: ^[2]

Mitglieder

Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören neben den Vorstandsmitgliedern u.a.:

- **Reinhard Göhner**
 - Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA): Hauptgeschäftsführer und Mitglied des Präsidiums
 - Institut der deutschen Wirtschaft: Mitglied des Präsidiums

Kuratorium

Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören u.a.:

- **Wolfgang Schüssel** (Vorsitzender), Bundeskanzler der Republik Österreich a.D.
 - Deutsche Vermögensberatung, Mitglied des Beirats
 - RWE AG, Mitglied des Aufsichtsrats
 - European Policy Centre, Mitglied des Beirats
- **Dieter Stolte**, ZDF-Intendant a.D.
 - Consultum Communications: Beiratsmitglied
 - Allianz Umweltstiftung: Vorsitzender des Kuratoriums
 - Axel Springer Stiftung: Mitglied des Vorstands

Ordnungspolitischer Beirat

Mitglieder:

- [Michael Wohlgemuth](#)
 - [Open Europe Berlin](#): Direktor
 - [Walter Eucken Institut](#): Research Fellow und Mitglied
 - [Netzwerk NOUS](#): Mitglied
 - [Mont Pelerin Society](#): Mitglied
 - [Jenaer Allianz](#): Mitbegründer und Sprecher
- [Jürgen Matthes](#), Leiter Internationale Wirtschaftsordnung und Konjunktur beim [Institut der deutschen Wirtschaft](#)^[3]

Promotionskolleg "Soziale Marktwirtschaft"

Es werden Stipendien zu Dissertationen vergeben, die sich mit der Sozialen Marktwirtschaft befassen. Für die Kollegiatinnen und Kollegiaten wird von den Kollegprofessoren ein wissenschaftliches Begleitcurriculum angeboten, dessen Teilnahme verpflichtend ist. Das Stipendium beträgt 1.150 Euro im Monat. In der Regel wird eine Forschungskostenpauschale in Höhe von 100 Euro im Monat bezahlt. Kooperationspartner sind: [Otto Wolff Stiftung](#), [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft \(INSM\)](#) und [Institut der deutschen Wirtschaft](#).

Mitglieder des Kollegs sind die folgenden Professoren, von denen ein großer Teil in neoliberalen Netzwerken mitwirkt:^[4] [Rolf Hasse](#), [Norbert Berthold](#), [Andreas Freytag](#), [Nils Goldschmidt](#), [Wolfgang Kerber](#), [Rainer Klump](#), [Friedrun Quaas](#), [Roland Vaubel](#), [Gerhard Wegner](#), [Jörg Winterberg](#), [Michael Wohlgemuth](#), [Joachim Zweynert](#).

Weitere Akteure

[Stefan Gehrold](#), Leiter des Europabüros Brüssel, ist Mitglied des Beirats Brüssel der [Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik \(DWT\)](#)^[5]

Finanzen

Die KAS finanziert sich ganz überwiegend aus öffentlichen Zuwendungen (institutionelle Förderung und Projektfinanzierungen).

Mitgliedschaften/Kooperationen

- [Netzwerk Europäische Bewegung](#) und [Jenaer Allianz](#), Mitglied
- [Friends of Europe](#), Kooperationspartner
- [Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik \(DWT\)](#): Mit der DWT veranstaltet die KAS das "Wiesbadener Forum zur Sicherheitspolitik"^[6]

Fallstudien und Kritik

Jenaer Allianz

Am 19. und 20. Juni 2008 veranstalteten neoliberale Netzwerke und Denkfabriken das Symposium "60 Jahre Soziale Marktwirtschaft in Deutschland" an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena, bei dem die [Jenaer Allianz](#) präsentiert wurde. Autoren des "Jenaer Aufrufs" sind: Michael Borchard (Hauptabteilungsleiter Politik und Beratung der KAS), Uwe Cantner, Andreas Freytag und Rupert Windisch (Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Universität Jena), Nils Goldschmidt und [Michael Wohlgemuth](#) (Walter Eucken Institut), [Gerd Habermann](#) (Die Familienunternehmer - ASU), Joachim Starbatty (Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft), Martin Wilde (Bund Katholischer Unternehmer), Lars Vogel (Ludwig-Erhard-Stiftung) und Joachim Zweynert (Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut/Wilhelm-Röpke-Institut). Zu den Initiatoren gehören weiterhin: [Institut für Wirtschaftspolitik](#) und [Leipziger Wirtschaftspolitische Gesellschaft](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ [VuV-Newsletter vom 30. März 2010](#)
2. ↑ [Vorstand](#) Webseite KAS, abgerufen am 22.02.2017
3. ↑ http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2014_2019/documents/imco/dv/vademecum_of_speakers_ttip/vademecum_of_speakers_ttip_en.pdf Profil Vademecum of Speakers zu TTIP, [Webseite Europäisches Parlament], abgerufen am 19. 10. 2015
4. ↑ [Professoren unseres Kollegs](#), Webseite KAS, abgerufen am 18. 10. 2015
5. ↑ [Repräsentant und Beirat Brüssel](#), Stand: 30. Juli 2015, Webseite [dwt-sgw](#), abgerufen am 03. 10. 2015
6. ↑ [Drittes Wiesbadener Forum zur Sicherheitspolitik](#), Webseite [DWG](#), abgerufen am 30. 09. 2015

Walter Eucken Institut

Das **Walter Eucken Institut** ist ein Forschungs- und Beratungsinstitut mit einer wirtschaftsliberalen Ausrichtung, das bis 2015 eng mit der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#) verbunden war. Alle Mitglieder des Vorstands sind auch Mitglieder der [Mont Pelerin Society](#), des weltweit größten neoliberalen Elitennetzwerks. Die Mitglieder des Instituts waren bis in die 90er Jahre in einer Vielzahl wissenschaftlicher Beratungsgremien der Bundes- und Landesregierungen sowie sonstiger regierungsnaher Institutionen vertreten. Die Bedeutung des Instituts in der Politikberatung hat in den letzten Jahren abgenommen.

Walter Eucken Institut

Rechtsform	eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich	Verbreitung neoliberaler Ideen
Gründungsdatum	11. Januar 1954
Hauptsitz	Goethestr. 10, 79100 Freiburg
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	

Beim Walter-Eucken-Institut ist das Netzwerk **NOUS** angesiedelt, in dem sich die 2015 ausgetretenen Mitglieder der **Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft** organisiert haben.

Der Leiter des Instituts, **Lars P. Feld**, ist Co-Vorsitzender von **NOUS**. Partner des Instituts ist das **Atlas Network**, das weltweit neoliberale und libertäre Organisationen gründet, fördert und koordiniert.

Walter Eucken Institut	
Webadresse	walter-eucken-institut.de

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	68
2 Beurteilung der wirtschaftlichen Macht	68
3 Organisationsstruktur und Personal	69
3.1 Leiter und Mitglied des Vorstands	69
3.2 Weitere Vorstandsmitglieder	70
3.3 Geschäftsführender Forschungsreferent	70
3.4 Kuratorium	70
4 Finanzen	71
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	71
6 Einzelnachweise	71

Kurzdarstellung und Geschichte

Das Walter Eucken Institut wurde vier Jahre nach dem Tod von Walter Eucken von Freunden und Schülern mit Unterstützung des damaligen Wirtschaftsminister Ludwig Erhard am 11. Januar 1954 in der Rechtsform eines Vereins in Freiburg gegründet. Der radikal-neoliberale Ökonom **Friedrich August von Hayek** hat als erstes Vorstandsmitglied und danach Ehrenpräsident die Ausrichtung des Instituts maßgeblich geprägt. Hayek lehnt sowohl Korrekturen der Marktergebnisse unter sozialen Gesichtspunkten als auch die Bekämpfung wirtschaftlicher Macht durch staatliche Maßnahmen grundsätzlich ab. In der **Imagebroschüre 2019** findet sich unter „Die Gründungszeit des Walter Eucken Instituts“ ein Interview mit Hayek, in dem dieser sich zum Begriff „sozial“ wie folgt äußert: „Klar ist nur, daß eine soziale Marktwirtschaft keine Marktwirtschaft ist, ...soziale Gerechtigkeit keine Gerechtigkeit“.

Das Walter Eucken Institut versteht sich als Kompetenzzentrum für ordnungspolitische und ordnungsökonomische Grundlagenforschung.^[1] Zweck der Einrichtung sei es, diese Untersuchungen auf die praktische Umsetzung der Wettbewerbsordnung auszurichten und ordnungspolitisches Denken in die öffentliche Diskussion einzubringen. Es sollen Lösungswege für aktuelle tagespolitische Fragen sowie zur nachhaltigen Gestaltung der Sozialen Marktwirtschaft aufgezeigt werden. Zu den Veranstaltungen gehören Lehrveranstaltungen, die Walter Eucken-Vorlesung und die **Friedrich August von Hayek**-Vorlesung, Workshops und Symposien, Vorträge und Diskussionen sowie das Walter Eucken Research Seminar.

Beurteilung der wirtschaftlichen Macht

Eucken hat sich vehement für eine machtmindernde Wirtschaftspolitik ausgesprochen: "Erster Grundsatz: Die Politik des Staates sollte darauf gerichtet sein, wirtschaftliche Machtgruppen aufzulösen oder ihre Funktionen zu begrenzen".^[2] Nach seiner Auffassung wird wirtschaftliche Machtkonzentration in politische Macht umgemünzt und der Staat wird "von der Wirtschaft gefesselt".^[3] Nur die vollständige Konkurrenz auf dem Markt könne Machtkonzentrationen verhindern und dadurch die Freiheit garantieren. Diese Idee hält die Eucken-Gesellschaft unter dem Einfluss von F.A. von Hayek für realitätsfern. Der Frankfurter Publizist und Eucken-Enkel Walter Oswald meint, die Freiburger Schule habe sich nach Euckens Tod nicht

weiterentwickelt. Die zentrale Kritik Euckens an der ökonomischen Macht sei vielmehr bei denen, die sich mit Eucken befassten, ganz aus dem Blickfeld getreten.^[4] Oswald aktualisiert die Vorstellungen von Eucken zum Problem der wirtschaftlichen und politischen Macht in dem von ihm herausgegebenen Buch "Walter Eucken Ordnungspolitik" (Walter Eucken Archiv Reihe Zweite Aufklärung, Münster 1999). Eine kritische Würdigung Euckens in der Süddeutschen Zeitung vom 24. Juni 2016 durch [Peter Bofinger](#), Mitglied des [Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung](#), kann [hier](#) abgerufen werden.

Das Walter Eucken Institut lässt keine Distanz zur wirtschaftlichen Macht erkennen. Vielmehr entsprechen seine Argumentationsmuster weitgehend denen der großen Wirtschaftsverbände, mit denen es auch personell verflochten ist. So ist [Karen Horn](#), langjährige Berliner Büroleiterin des [Institut der deutschen Wirtschaft](#), das als Think-Tank und PR-Agentur von BDI, BDA und deren Mitgliedsunternehmen fungiert, Mitglied des Kuratoriums des Walter Eucken Instituts. Eine Tochtergesellschaft des [Institut der deutschen Wirtschaft](#) ist die [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM), die 2005 gemeinsam mit der Financial Times Deutschland unter dem Motto "Die Klassiker Kompakt" eine gekürzte Fassung Walter Euckens "Grundlagen der Nationalökonomie" herausgegeben hat. Das von Oswald geleitete [Walter Eucken Archiv](#) hat gegen diese Broschüre beim Landgericht Frankfurt eine einstweilige Anordnung erwirkt mit der Begründung, es handle sich um eine "verfälschende Kurzfassung", die sich in einer "Grauzone zwischen Journalismus, Werbung und Lobbypolitik" bewege, denn auch die INSM sei an der Herausgabe beteiligt.^[5] Partner des Walter Eucken Institut ist das [Atlas Network](#), das von [ExxonMobile](#), [Philip Morris](#) und den Stiftungen der US-Milliardäre Gebrüder Koch gesponsert wird.

Im Gegensatz zu Eucken, der zur Einschränkung wirtschaftlicher Macht als zentralem Problem einer Gesellschaft sogar die Entflechtung marktbeherrschender Unternehmen für geboten hält, sieht [Lars P. Feld](#), der Leiter des Walter Eucken Instituts, auf diesem Gebiet keinen Handlungsbedarf. Der deutsche Staat verteile so stark Einkommen um wie kaum ein anderes Land und die Behauptung, dass mächtige wirtschaftliche Interessengruppen einen größeren und für die Massen schädlicheren Einfluss hätten als linke Protestgruppen und Bürgerforen, sei schlicht falsch.^[6]

Organisationsstruktur und Personal

Die Leitung des Instituts ist seit 2001 mit dem damals geschaffenen Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik verknüpft.^[7] Das vom Land Baden-Württemberg finanzierte Institut wird von einem Verein getragen, zu dessen Gremien das Kuratorium gehört. Wegen der Verbindung von Lehrstuhl und Institut kann das Kuratorium die Besetzung der Institutsleitung und die des Lehrstuhls beeinflussen.

Leiter und Mitglied des Vorstands

- [Lars P. Feld](#) (seit September 2010), Professor für Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg
 - [Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung](#) (SVR) – seit 2011, auf Vorschlag des damaligen Wirtschaftsministers Brüderle (FDP): Mitglied
 - [Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen](#): Mitglied
 - Wissenschaftlicher Beirat des [Wirtschaftsrat der CDU](#): Mitglied
 - [Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik](#): Präsidiumsmitglied
 - Netzwerk [NOUS](#): Co-Vorsitzender
 - [ECONWATCH](#): Kuratoriumsmitglied
 - Wissenschaftlicher Beirat der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#): Mitglied
 - Wissenschaftlicher Beirat der [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#): Mitglied

- „Kronberger Kreis“ der [Stiftung Marktwirtschaft](#): Sprecher
- [Mont Pelerin Society](#): Mitglied
- [Wilhelm-Röpke-Institut](#): Mitglied
- (bis 7/2015) [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#), Mitglied

Weitere Vorstandsmitglieder

- **Viktor Vanberg**, emeritierter Professor für Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg, bis August 2010 Leiter des Instituts
 - [Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft](#), Stiftungsrat
 - [Institut für Unternehmerische Freiheit](#), Mitglied des Beirats
 - [Mont Pelerin Society](#), Mitglied
- **Wernhard Möschel**, ehem. Inhaber des Lehrstuhls für Bürgerliches, Handels- und Wirtschaftsrecht an der Uni Tübingen
 - [Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie](#), Mitglied
 - [Mont Pelerin Society](#), Mitglied

Geschäftsführender Forschungsreferent

- **Ekkehard A. Köhler**

Kuratorium

- **Gerhard Kempter** (Vorsitzender), Geschäftsführer der Kempter Financial Management GmbH, Freiburg, ehemaliger Vorstandsvorsitzender der Volksbank Freiburg, ehemaliges Vorstandsmitglied des Verbandes unabhängiger Vermögensberater (VuV)
- [Karen Horn](#), ehemalige Leiterin des Hauptstadtbüros des [Institut der deutschen Wirtschaft](#)
 - Netzwerk [NOUS](#): Co-Vorsitzende
 - [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#): Mitglied des Vorstands
 - [Open Europe Berlin](#): Mitglied des Kuratoriums
 - [Herbert-Giersch-Stiftung](#): Mitglied des Vorstands
 - Freiheitsgesellschaft der [Friedrich-Naumann-Stiftung](#): Mitglied
 - [Mont Pelerin Society](#): Mitglied
 - (bis 7/2015) [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#): Vorsitzende des Vorstands
- **Wolfgang Kerber**, Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftspolitik an der Universität Marburg, ehem. Leiter des Walter Eucken Institut
- **Günter Knieps**, Direktor des Instituts für Verkehrswissenschaften und Regionalpolitik an der Universität Freiburg
 - [Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie](#), Mitglied
 - Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung: Mitglied
 - Industrieökonomischer Ausschuss im Verein für Socialpolitik: Mitglied
 - Wirtschaftspolitischer Ausschuss im Verein für Socialpolitik: Mitglied
 - "Ökonomenstimme": Gründungsmitglied
- [Christoph Schaltegger](#), Ordinarius für Politische Ökonomie an der Universität Luzern
 - [European Public Choice Society](#): Mitglied des Vorstands
 - [Economiesuisse](#) (Dachverband der Schweizer Wirtschaft): ehemaliger Leiter des Bereichs Finanz- und Steuerpolitik sowie Mitglied der Geschäftsleitung

- **Nora Hünemohr**, Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg
- **Kerstin Kriegelstein**, Rektorin der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg
- **Burkhard Knospe**, Vorstandsvorsitzender der Testo AG

Finanzen

Das Land Baden-Württemberg als finanzieller Träger des Instituts hat 2001 beschlossen, nicht nur den Institutsetat aufzustocken, sondern darüber hinaus eine C 3- Professur für Wirtschaftspolitik mit dem Schwerpunkt Ordnungspolitik einzurichten.^[8] Der Lehrstuhlinhaber leitet auch das Institut.

Weitere finanzielle Mittel erhält das Institut über den 2007 gegründeten [Aktionskreis Freiburger Schule e.V.](#) Neben den Mitgliedern finden sich im Förderkreis auch Freunde, Förderer und Donatoren, die die Arbeit des Instituts finanziell unterstützen.^[9]

Vorsitzende des Förderkreises ist Margot Selz, Dr. Selz Immobiliengruppe. Auf der Website des Förderkreises werden die folgenden Donatoren, jeweils mit Sitz in Freiburg, benannt (Stand: Februar 2017):

- Daimler AG
- EKATO Holding GmbH
- Willy Kempter Beteiligungsgesellschaft
- KNF Neuberger GmbH
- Sparkasse Freiburg – Nördlicher Breisgau
- Volksbank Freiburg

Zu den auf der Website genannten Förderern gehören u. a. die Südwestbank AG, Stuttgart, und die [Union Investment](#) Stiftung, Frankfurt.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Twitter](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

[Newsletter](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [Profil](#), eucken.de, abgerufen am 25.02.2017
2. ↑ Walter Eucken: Grundsätze der Wirtschaftspolitik, 6. Auflage, Tübingen 1990, S. 334.
3. ↑ Jakob Augstein: Das umstrittene Erbe Walter Euckens, Süddeutsche Zeitung vom 30. März 1994, S. 34
4. ↑ Augstein, Süddeutsche Zeitung vom 30. März 1994
5. ↑ Interessenklassenkampf, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26. Januar 2005, veröffentlicht auf der Website des Walter Eucken Archiv, abgerufen am 22. 12. 2011
6. ↑ [Lars P. Feld: Die Mär von der Postdemokratie](#), in: Cicero, 26. Februar 2014, Webseite Cicero, abgerufen am 2. 5. 2014
7. ↑ [Uni Freiburg: Euckens Erben](#), Badische Zeitung vom 24. April 2009, Website der Badischen Zeitung, abgerufen am 27.02.2017
8. ↑ Jahresbericht 2001 des Instituts, S.3

9. [↑](#) Jahresbericht 2007 des Instituts, S. 54